

Wochensatz 60 Pf., monatlich 2,00 M.,
an voraus zahlbar. Postbezugs 4,20 M.
einjährig 40 M., Postgebühren, 10 M.
12 Uge Postbestellgebühren Ausland-
abonnenten 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich (am Freitag) Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“ „Kultur- und Sport-“, „Sport-
und Zeit-“ und „Kultur- und Sport-“
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
blätter“, „Lehrling“, „Bild in die
Bühnenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 262-297. Telegramm-Nr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 65. Et. A. u. Disk.-Gef., Depositenkasse Lindenstr. 3.

Die einwöchige Kampfkampagne
des 12. November, 12. November 1929
„Kleine Angelegenheiten“ des unge-
brachten Wortes 23. November (jünglich und
jünglich) (Wort) jedes weitere Wort
12. November (Stellenangebote) das erste
Wort 15. November, jedes weitere Wort
10. November (Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte Arbeitern
alle 10. November Familienangelegenheiten
10. November (Angelegenheiten im Haupt-
stadt) (Angelegenheiten) 2. wochensatz
von 1/2, bis 17 Uhr.

Das rote Berlin.

Unsere soziale Arbeit im fachmännischen ausländischen Urteil.

Krampfhaft bemühen sich mit vereinten Kräften Deutsch-
nationalen, Kommunisten und Hakenkreuzler, der sachlichen
Grundlagen des Kommunalwahlkampfes
unter einer Welle von Schmutz und Verleumdung zu ver-
decken. Von Berlin aus wird über das ganze Land
das Schlagwort „Skandal-Korruption!“ aus
voller Lunge hinausgebrüllt, besonders von denen, die durch
ihre Gängelung und Beugung, ihre Laverrenzung und
Degener am tiefsten in diesen Sumpf stecken. Dadurch soll
die Aufmerksamkeit der Wähler von den großen Problemen
abgelenkt werden, um die es bei der Entscheidung am
17. November in Wirklichkeit geht. Eine gemeine und blöde
Diffamierung der Berliner Stadtverwaltung soll die tat-
sächlichen kommunalpolitischen Leistungen
vergessen lassen, die gerade Berlin in den letzten Jahren unter
sozialdemokratischer Führung aufzuweisen hat.

Wenn nun schon das Zeugnis, das die am nächsten be-
teiligten Mitbürger von diesen Leistungen ablegen können,
vielen verhehlt und verböhrten Gegnern nicht genügt, so
wird vielleicht ein anderes Urteil auf die noch Zweifelnden
mehr Eindruck machen, weil es von ausländischen
Kommunalpolitikern gefällt worden ist. Dabei
handelt es sich keineswegs um das Zeugnis ausländischer
Sozialisten, das manche als „Gefälligkeitsattest“ abzutun ge-
neigt wären. Nein, wir führen das Urteil von „gut-
bürgerlichen“ Kommunalpolitikern an, die sich
bestimmt nicht durch Voreingenommenheit zugunsten der
Sozialdemokratie beeinflussen lassen.

Es handelt sich um die kürzlich erschienene offizielle
Denkschrift einer Studienkommission der
Pariser Stadtverwaltung über die Ergebnisse
einer vor Jahresfrist durch verschiedene deutsche Städte unter-
nommenen Studienreise. Ueberreicht — und auch in
der Hauptsache verfaßt — wurde diese Denkschrift von dem
Präsidenten des Pariser Gemeinderates Georges Le-
marchand und dem Pariser Gemeinderat Louis
Peuch. Beide sind eher als reaktionäre Gemeindep-
olitiker anzusprechen, Anhänger des französischen „Natio-
nalen Blocks“, wie überhaupt die Mehrheit des Pariser
Gemeinderates aus Vertretern eines Kleinbürgertums
besteht, das ungefähr bei uns einer Mischung zwischen
Deutschnationalen und Wirtschaftsparteilern entsprechen
würde.

In dem einleitenden Kapitel der Denkschrift, das die
gesammelten Erfahrungen zusammenfaßt und das vom Prä-
sidenten Lemarchand redigiert ist, heißt es:

„Unser Bericht über Groß-Berlin kann als Gesamt-
ergebnis unserer Wahrnehmungen gewertet werden. Es muß
bei dieser Gelegenheit betont werden, daß die Angliederung der Ge-
meinden, die um die ehemalige Stadtgemeinde herum lagen, durch
die Republik verwirklicht werden konnte, während die
kaiserliche Regierung dies nicht vermocht hatte. Wie dem auch sei,
wurden die hauptsächlichsten Ausdehnungsarbeiten — Straßenbau,
Wasser- und Gasversorgung, Hygiene, Beleuchtung, Parks — unter außer-
ordentlich billigen Bedingungen durchgeführt. Unter
Ausnutzung der in einem bestimmten Zeitpunkt schnellen Entwertung
der Mark hat die Berliner Kommunalverwaltung dieses wahre
Kunststück fertiggebracht.“

Es muß schließlich auch hervorgehoben werden, daß
eine beträchtliche Kräftigung der
Leistungen wurde, um im Rahmen der Möglichkeit die
Wohnungskrise zu lösen, um der arbeitenden
Bevölkerung gesunde, saubere und
hübsche Wohnungen zu erschwinglichen
Preisen zu verschaffen.“

Nach diesem Vorwort folgt ein Kapitel über „Die Aus-
dehnung Berlin“, das von Georges Lemarchand
allein verfaßt ist. Es verdient um so stärkere Beachtung, als
der Präsident des Pariser Gemeinderates — da Paris nach
der französischen Gesetzgebung eine Ausnahmestellung be-
sitzt derzufolge es keinen eigentlichen Bürgermeister hat —
nach außen hin zugleich die repräsentativen Funktionen eines
Oberbürgermeisters der Hauptstadt ausübt. Le-
marchand stellt einleitend eine „grundlegende Wahr-
nehmung“ fest: daß alle in Deutschland in den letzten
Jahren erzielten Fortschritte, alle verwirklichten
Neuerungen nicht allein auf den wirtschaftlichen Ent-
wicklungsdrang zurückzuführen sind, sondern „auch auf eine

andere Ursache, die heutzutage eine wachsende und
unvermeidliche Bedeutung gewinnt, nämlich auf die sozial-
politischen Bedürfnisse.“

„Aus dieser sozialen Ursache“, so fährt Lemarchand fort, „ent-
springen neue Initiativen, neue Verwirklichungen, und ihr Ziel
ist ebenfalls sozialer Natur: dieses Ziel beherrscht
die Gliederung der Ideen und der Tätigkeit der
deutschen Nation. Man kann das Ergebnis mit einem
Worte zusammenfassen: Die Ausdehnung der Städte. Ob in Berlin,
in München oder in Hamburg — alle Probleme des städtischen
Lebens: Trinkwasser- und Gasversorgung, öffentliche Verkehrsmittel, Gesund-
heitswesen, städtische Beleuchtung und Heizung und vor allem Woh-
nungsbau, beherrschen gegenwärtig die Existenz einer jeden Groß-
stadt.“

Um nun die Probleme zum Besten des allgemeinen
Wohles einer Bevölkerung zu lösen, die in jeder Großstadt täglich
wächst, und um dieser Bevölkerung das Maximum von Wohl-
stand und Komfort zu verschaffen, haben überall in
Deutschland die Ingenieure, Architekten, Gelehrten, Befehlshaber
systematisch Fortschritte geschafft und die technische Anwendung dieser
Fortschritte organisiert.

Am besten läßt sich die Wahrheit dieser Feststellung
erkennen, wenn man die Entwicklung Groß-
Berlins studiert, die allen übrigen deut-
schen Städten als Muster dient.“

Es folgt dann ein Loblied auf die Planmäßigkeit dieser
Berliner Gemeindegewinnung, „in der nichts der indivi-
duellen Improvisation oder der bürokrati-
schen Routine überlassen wurde“. „Nicht einzelne
spezialisierte Fachleute oder spekulationschwangere privat-
wirtschaftlich interessierte Verbände“ hätten diese Arbeit ge-
leistet, sondern „die Zusammenfassung aller Fähigkeiten und
aller Organismen“. Mit einem Seufzer empfiehlt der Prä-
sident des Pariser Gemeinderates, daß auch die französische
Hauptstadt in Zukunft sich „ein derart rationelles und
kluges System“ aneignen möge. Er sagt seinen Mit-
bürgern, insbesondere dem Pariser Magistrat, einige recht
unangenehme Wahrheiten und führt ihnen die in Deutsch-
land und besonders in Berlin geleisteten Fortschritte als
nachahmenswerte Beispiele vor, namentlich hin-
sichtlich des Wohnungsbauproblems, das die
eigentliche Grundlage der neuen sozialen und
ökonomischen Ordnung bildet, aus der sich die Zu-
kunft aufbauen wird.“

Es folgt eine sehr detaillierte und kritische Darstellung
der in Deutschland und vor allem in Berlin geltenden Vor-
schriften und Methoden für den Wohnungsbau — kritisch
insoweit, als immer wieder Berlin als Muster für
Paris empfohlen wird.

Lemarchand faßt in einem Schlusssatz seine Eindrücke
zusammen und führt dabei über die Entwicklung der
Berliner Grünflächen, Parks und Prome-
naden u. a. aus:

„Die Deutschen haben es verstanden, mit viel Geschicklichkeit die
Gelegenheiten auszunutzen, die ihnen die Topographie der Um-
gebung bot. Ohne allzu große Kosten wurde ein klug aus-
gezeichnetes Programm größtes Maßstabes durchge-
führt und ergänzt: Spiel- und Sportplätze, Wasserpark-
anlagen, Strand- und Sonnenbäder, Fließschwimmbäder, Wald-
restaurants und Waldkonzerte ziehen die Berliner Bevölkerung an,
die sich dort erholt, erheitert und tummelt, ohne gewissermaßen die
Stadt zu verlassen.“

Die Berliner Kommunalbehörden haben
sich von diesem elementaren Grundsatz leiten
lassen, den man gut täte, überall sonst zu
befolgen: daß nämlich eine täglich an Bevölke-
rungszahl wachsende Stadt immer mehr Hygiene,
immer mehr Komfort, immer mehr Gelegenheit zur
körperlichen Betätigung und immer mehr Lebens-
freude sichern muß, besonders der arbeitenden Be-
völkerung und den kinderreichen Familien, die sich
weite Reisen und Modebäder nicht leisten können.
Fürwahr, das ist

ein kommunalpolitischer und sozialer Fort-
schritt,
dessen schöne und schnelle Verwirklichung ein Bei-
spiel bietet, das Paris gut täte, nicht aus den Augen
zu verlieren.“

So urteilt ein führender Kommunalpolitiker des Aus-
landes, der eigentliche Bürgermeister von Paris, über die
Leistungen der Berliner Stadtverwaltung. Sein
Urteil ist um so interessanter und wertvoller, als er kein
Sozialist ist, sondern durch und durch ein Bürgerlicher, dem
die planmäßige soziale Aufbauarbeit der Ber-
liner Bewunderung abgerungen hat. Sein Zeugnis kann uns,
denen das Hauptverdienst an diesen Leistungen gebührt, mit
Genugtuung und Stolz erfüllen. Es ist zugleich be-
schämend für die Väter der „roten Berlin“, die das
„rote Berlin“ beschimpfen, die die geleistete Arbeit leugnen, um ihre eigene
Unfähigkeit zu verbergen und die über Mißwirtschaft klagen,
um ihre eigene Profitgier zu verschleiern.

Gerechtigkeit / Zweckmäßigkeit

Betrachtungen zur Finanzreform.

Von Wilhelm Keil.

Wie alle Dinge in der Welt, so ist auch der Begriff Ge-
rechtigkeit relativ. Er ist es in erhöhtem Maße, wenn er
auf ein Steuersystem angewandt wird. Es wäre vermessend,
von absoluter Gerechtigkeit sprechen zu wollen, wenn bei-
spielsweise das Arbeiterverdienst von jährlich 2500 M. mit
insgesamt 15 Proz. das Einkommen von einer Million
Mark, dessen Träger nebenbei ein Vermögen von 5 Millionen
Mark besitzt, alles in allem mit 70 Proz. steuerlich belastet
würde. Die Ansichten darüber, was in diesen Fällen „ge-
recht“ ist, werden nicht nur zwischen dem Arbeiter und dem
reichen Mann auseinandergehen, auch innerhalb derselben
sozialen Schicht werden sie verschieden sein. Trotzdem wird
der Begriff der Gerechtigkeit von Alters her wohl auf keinem
Gebiet so oft in Anwendung gebracht, wie auf dem der
Steuerverteilung. Wir sprechen von einer gerechten Steuer-
politik und verbinden damit die allgemeine Vorstellung, daß
große Einkommen und Vermögen proportional sehr viel
schärfer zur Steuer herangezogen werden sollen, als kleine.
In den Augen der auf kleine Einkommen angewiesenen
breiten Massen ist jede Verschiebung in der Steuerverteilung,
die zu Lasten der Großen geht, eine gerechtere Gestaltung
des Steuersystems. Die bestehenden Schichten treten dieser
Anschauung entgegen mit ökonomischen Theorien, die dem
Beweis dienen sollen, daß es den besthabenden Massen um so
besser gehe, je größer die Besitzanhäufung in den Händen
einer kleinen Oberschicht sei. Wir Sozialdemokraten ver-
mögen diesen von Selbstlosigkeit weit entfernten Beweis-
führungen nicht beizutreten.

Es erscheint notwendig, diese Auffassungen in Erinne-
rung zu rufen angesichts der lebhaften Auseinandersetzungen,
die gegenwärtig in Wort und Schrift der bevorstehenden
Finanzreform gewidmet werden. Von den bürger-
lichen Parteien, insbesondere von denen, die sich die Wahr-
nehmung der Interessen des industriellen Unternehmertums
zur Aufgabe machen, wird im Zusammenhang mit der

Wählerversammlungen

Heute: Mitte, Prenzlauer Berg, Wilmersdorf,
Spandau, Steglitz, Britz-Buckow, Lichtenberg,
Treptow, Hermsdorf, Mahlsdorf-Süd, Biesdorf,
Buchholz. — Öffentliche Frauen-Kundgebung
in Tempelhof. — Kundgebung der Angehörigen
der Graphischen Verbände in den Kammersälen.
Morgen: Kreuzberg, Mitte, Wedding, Tempel-
hof, Tegel, Rosenthal. Näheres im Innern des Blattes.

Wähler u. Wählerinnen!

**Kämpft mit uns für den Sieg
des Gemeinde-Sozialismus!**

Herabsetzung der Reparationslasten durch den Young-Plan eine Senkung bestimmter Steuern verlangt, die um ein Mehrfaches größer sein soll als der Betrag, um den sich mit dem Inkrafttreten des Young-Planes die Zahlungen ans Ausland vermindern. Das Mehr soll ausgeglichen werden teils durch Rationalisierung der öffentlichen Verwaltung, nicht zuletzt auch der Steuerverwaltung, teils durch Erhöhung anderer Steuern. Die Senkung soll in möglichst hohem Maße bei den Steuern erfolgen, die von den Besitzenden zu tragen sind, die Erhöhungen sind dem sogenannten „entbehrlichen Massenverbrauch“ zugeordnet. Aus dem bis jetzt nur ganz allgemeinen öffentlichen Mittelungen des Reichsfinanzministers geht hervor, daß seine Pläne auf eine Senkung nicht nur der Besitzsteuern, sondern auch solcher Steuern, die überwiegend von den besitzlosen Massen getragen werden, abzielen. Er denkt an eine erhebliche Erhöhung des steuerfreien Einkommensteils bei der Lohnsteuer und an eine Senkung, vielleicht auch, wie möchten es dringend empfehlen, an eine völlige Aufhebung der Zundersteuer. Selbstverständlich begründen wir diese Vorschläge und billigen darüber hinaus auch den Versuch, die „Wirtschaft“, d. h. den kapitalwirtschaftlichen Unternehmungen eine Entlastung zuteil werden zu lassen. Nur glauben wir darauf bedacht sein zu müssen, daß das Verhältnis der Besitzsteuern zu den Massensteuern keine Verschiebung zu Lasten der Massen erfährt, wie sie ganz offen von den Vertretern der Besitzinteressen erstrebt wird. Denn das würde nach unserer Auffassung ein Verstoß gegen die „steuerliche Gerechtigkeit“ sein.

Die Befürworter einer einseitigen Senkung der Besitzsteuern erklären ganz ungeniert, daß der Grundgedanke der steuerlichen Gerechtigkeit in den Hintergrund zu treten habe gegenüber den realen wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Heute sei die Kapitalbildung und -verbilligung die ökonomisch wichtigste Aufgabe, von deren Erfüllung auch das Schicksal der Arbeiterklasse in weitem Umfange abhängig sei. Unbestritten bedarf die kapitalistische Wirtschaft des Kapitals, wie der Mensch der Luft und der Nahrung zum Leben bedarf. Wohin die Wirtschaft bei der Kapitalzerstörung und Drosselung der Kapitalbildung kommt, sehen wir in Rußland. Es will aber scheinen, als ob in Deutschland eine Art Kapitalbildungspsychose ausgebrochen wäre. Hat wirklich die deutsche Steuergesetzgebung seit dem Ende der Inflation die Kapitalbildung verhindert? Durchaus nicht. Vom gesamten Volkseinkommen entfällt nach vorliegenden Berechnungen heute fast genau derselbe Prozentsatz auf die Kapitalbildung wie in der Vorkriegszeit. Die seit 1924 neu geschaffenen Kapitalmengen sind denn auch sehr ansehnlich. Allein bei den öffentlichen Sparkassen, die vor dem Kriege über einen Einlagebestand von 20 Milliarden Mark verfügten, hat sich (im verkleinerten Reichsgebiet) bereits wieder ein Kapital von mehr als 9 Milliarden Mark angesammelt. Trotzdem herrscht naturgemäß in Deutschland Kapitalmangel, verbunden mit hohen, das ganze Wirtschaftsleben anstandslos belastenden Zinssätzen. Naturgemäß deshalb, weil das mobile Kapital, das der deutschen Wirtschaft in der Vorkriegszeit für langfristige Anlagen zur Verfügung stand, durch Krieg und Inflation bis auf einen kleinen Rest vernichtet worden ist. Dieser Verlust läßt sich nicht in wenigen Jahren ersetzen, dazu wird es bei angestrengter Arbeit einer Reihe von Jahrzehnten bedürfen, um so mehr, als infolge der schweren Belastung mit Reparationen ein erheblicher Teil des alljährlich neugebildeten Kapitals ohne Gegenleistung ins Ausland geht.

Zweckmäßige Mittel, die Kapitalbildung zu fördern, wird kein Verständiger ablehnen. Es gibt solche Mittel, die nicht mit der steuerlichen Gerechtigkeit kollidieren. Dazu gehört die Rationalisierung der öffentlichen Verwaltung, die in erster Linie von der Lösung des Problems der Reichsreform abhängt. Man gebe sich aber keiner optimistischen Täuschung hin über die Höhe der Summen, um die auf diesem Wege die öffentlichen Ausgaben gesenkt werden können. Weiter gehört hierher die Reform gewisser Steuern, die heute den Verbrauch in einem zum Steuerreinertrag im Verhältnis stehenden Maße belasten. Das gilt vor allem von der Brantwein- und der Tabaksteuer. Erste Fachmänner haben längst bewiesen, daß aus diesen beiden Steuerquellen hunderte von Millionen mehr an Einnahmen gewonnen werden können, ohne den Verbraucher härter zu belasten. Auch bei den Besitzsteuern lassen sich gewisse Korrekturen anbringen, die zwar einem Teil der Steuerpflichtigen ein wenig höhere Lasten bringen würden, die aber zur inneren Ausbalancierung der Belastung notwendig und in ihrem Schlusseffekt zur Senkung der Gesamtsteuerlast beizutragen geeignet sind. Hier ist zu erinnern an ganz offensichtliche Guden der Erbschaftsteuer und an das Aktienprivileg bei der Vermögensbewertung, das heute noch viel schwieriger zu begründen ist als bei seiner Einführung im Jahre 1925. Hinzutreten sollten die Maßnahmen, die dazu dienen, mit den Schichten der schonungsbedürftigen Steuerpflichtigen zugleich die Steuerverwaltung zu entlasten. Mit anderen Worten: Befreiung jener Steuern, deren Eintreibung einen unverhältnismäßig großen und kostspieligen Verwaltungsapparat erfordert. Eine weitgehende Erhöhung der Untergrenze für die Lohnsteuer würde neben der Steuerverwaltung, die besonders mit Erstattungsanträgen stark in Anspruch genommen wird, auch die Privatbetriebe, die die Steuer vom Lohn einzubehalten und an die öffentlichen Kassen abzuführen haben, weitgehend entlasten. In gleicher Weise würde der Steuerverwaltung ein großes Maß von Arbeit erspart werden durch Erhöhung der für die Vermögensbesteuerung geltenden Untergrenze, die zurzeit 5000 M. beträgt. Die Beträge, die sich bei kleinen Vermögen aus der Promille-Besteuerung ergeben, stehen in tristem Mißverhältnis zum Verwaltungsaufwand.

Will man über die aus diesen Rationalisierungsmaßnahmen sich ergebenden Möglichkeiten der verstärkten Kapitalbildung hinaus noch den Prozeß der Schaffung von Neukapital beschleunigen, so überlege man, ob nicht die von den Wirtschaftsbetrieben für Reinvestitionen verwendeten Erträge steuerlich günstiger zu behandeln sind, als die ausgeschütteten und überwiegend dem Konsum dienenden Summen. Man prüfe auch, ob nicht bei den hohen Einkommen in der Hand von physischen Personen ein Unterschied zu machen ist zwischen dem verzehrten und dem der Kapitalbildung dienenden Teil, der zu schonen wäre. Das würde zwar die steuerlichen Grundsätze der Vorkriegszeit, die zu Vermögenszuwachs- und Wertzuwachssteuern führten, umkehren, aber dem Kapitalbedarf der Gegenwart zu gute kommen.

Von einem aber muß man sich fernhalten: von einer Mehrbelastung des Massenkonsums, auch des „entbehrlichen“. Hinter dem Ton, den man vielfach auf das Wort

Deutschösterreichs Staatsfeiertag.

In der Gefahr des Bürgerkriegs.

Heute wird in Deutschösterreich der Gründungstag der Republik gefeiert. Nicht nur von Staats wegen, denn er ist Staatsfeiertag, sondern in Wien auch durch einen Aufmarsch der gesamten sozialdemokratischen Arbeiter und Angestellten auf der Ringstraße.

Nicht einen Tag nach dem Zusammenbruch der Monarchie und des großen Reiches war in Deutschösterreich der Parlamentarismus ausgeschaltet oder unterbrochen; nicht einen Tag hat selbst in jener Sturmzeit eine Diktatur regiert. Alle Maßnahmen der Verwaltung, die Verfassung, die neuen Gesetze wurden von den freigewählten Volksvertretern beschlossen. Christlichsoziale und Großdeutsche empfahlen als Referenten in der Nationalversammlung die entschieden demokratischen Bestimmungen der Verfassung zur Annahme. Heute sind sie daran, diese Verfassung nach den Wünschen der Heimwehrfaschisten und ihrer italienischen Auftraggeber und Waffenlieferanten umzugestalten. Der Verfassungsausschuß hat soeben die erste Lesung beendet; zwar hat man darauf verzichtet, der Polizei unbeschränkte Befehlsgewalt einzuräumen und in den Gemeinden unter 3000 Einwohnern die Proporzwahl abzuschaffen, aber an allen anderen reaktionären Vorschlägen hält die Mehrheit fest. Das Angebot der Sozialdemokratie, über eine Änderung der politischen Verhältnisse in der Verwaltung Wiens mit der Wiener Gemeinderatsmehrheit zu verhandeln, hat diese abgelehnt; was Pöndchen wie Salzburg und Borsariberg nie zugemutet würde — daß das Bundesparlament über ihre inneren Dinge entscheide — soll sich das Land Wien gefallen lassen! Die Verfassungsbestimmungen über die Grundrechte der Bürger, das Wahlrecht für politische Flüchtlinge, das Verbot der Zensur und des Adels sollen in Zukunft des Schutzes entbehren, daß sie nur durch eine Zweidrittelmehrheit geändert werden können. Dem Bundespräsidenten soll ein Befehlsgewalt durch Notverordnungen gegeben, die Regierung vom Parlament unabhängig gemacht — kurz die Republik nach den Wünschen der Pössi, Steidle, Seidte eingerichtet werden!

Wenn auch vielleicht der Bundeskanzler Schober nicht geneigt sein mag, die selbstverständliche Ablehnung dieses Entwurfes durch die Sozialdemokratie zum Anlaß eines Aufschusses zu nehmen — an der Bereitwilligkeit des Bismarck und Behrministers Baugoin, ja an seiner Sehnsucht danach besteht kein Zweifel, und weitreichende Abmachungen mit den Faschisten sind ihm durchaus zuzutrauen.

Die Arbeiterklasse wird sich, nach der Lehre Viktor Adlers, weder provozieren, noch einschüchtern lassen auf den Bürgerkrieg, den ihr die Faschisten aufzwingen wollen, warten beugtergiebig die Nachbarn im Osten und Südwesten. Am Staatsfeiertag wünschen wir unserem Bruderland, daß ihm der Bürgerkrieg erspart bleibe und daß es sich von den Bürgerkriegstreibern befreie!

In einer großen Anspruchsgebung am Sonntag mittag im Reichstagsaal sprach Präsident Löhe eindringlich warnende Worte

nach Deutschösterreich hinüber. Prälat Dr. Dregel, ein Führer der christlichsozialen Partei in Borsariberg, schilderte die elf Jahre der deutschen Apenrepublik und verkündete den Anschlußswillen auch seiner Parteigenossen.

Reichsbannerleitung brandmarkt Dregel.

Magdeburg, 11. November. (Eigenbericht.)

Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold teilt mit:

„Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ und andere Zeitungen Hugenbergs verbreiten Einzelheiten aus einem angeblich zwischen Reichsbanner und dem österreichischen Republikanischen Schutzbund vereinbarten Operationsplan. Dieser Plan samt allen Einzelheiten beruht auf freier Erfindung. Der Republikanische Schutzbund hat weder jetzt noch früher vom Reichsbanner Waffenhilfe in irgendeiner Form erbeten, und die Leitung des Reichsbanners hat sich deshalb mit einer solchen Aufforderung nie zu beschäftigen brauchen.“

Volksparteilicher Heimwehrprotector.

Einer Zuschrift an das „Berl. Tagebl.“ entnehmen wir folgendes:

„Der Hauptgegner der Heimwehren ist die Alpine Montan-Gesellschaft in der Steiermark. Von ihrem Aktienkapital sind 56 Proz. in den Händen der reichsdeutschen Vereinigten Stahlwerke, der maßgebende Mann in ihrer Verwaltung ist Dr. Albert Bögl, Unterstützer des Hugenbergschen Volksbegehrens und noch immer Mitglied der Deutschen Volkspartei. Er kann die Verantwortung dafür nicht abschütteln, daß die Heimwehren ihren festesten Stützpunkt in den steirischen Erzgruben haben.“

Das erste Anzeichen einer Entwicklung der österreichischen Zustände zur Katastrophe hin war der Zusammenbruch der Bodenkreditanstalt, der ohne die ständige Bedrohung der öffentlichen Ordnung nicht hätte geschehen müssen. Die deutsche Reichsregierung hat nicht, wie die englische, die Interessen ihrer Steuerzahler zu wahren, sie hat sich an keiner Anleihe für Österreich beteiligt, sie hat auch nicht an der Aufrichtung dieses Staates mitgewirkt. Aber allerdings kann verlangt werden, daß die, die heute nach Herrn Dr. Bögl nahe stehen, und die den Vorwurf scheuen, Hochverrat in ein Nachbarland zu tragen, vor aller Augen von ihm abbrechen. Es ist schließlich unerträglich, daß die Schwerindustrie durch die Trinität eines ihrer Führer zur öffentlichen Gefahr wird.“

Die Volkspartei hat sich bisher zu der Einzeichnung Dr. Böglers in die Listen des Inflationsbegehrens noch nicht geäußert. Sie dürfte nach den obigen Feststellungen jetzt wohl nicht mehr umhin können, den „Holl Bögl“ zu arretieren und schließlich zwischen sich und diesem Reaktionsär der Trennungstisch zu ziehen.

Es verlaute übrigens, daß die Heimwehren finanziell auch von Italien aus unterstützt werden. Das gleiche wird von den deutschen Faschisten behauptet.

Menschenschlachthaus Rußland.

Bolschewistische Auslegungslinien.

Zu Rußland wurden nach einer Statistik der bolschewistischen „Sowjetka Sibir“ am 25. Oktober 13 Bauern und am 26. Oktober 63 Bauern hingerichtet. Das sind in zwei Tagen 76 Personen. Die Hinrichtung erfolgte ohne Gerichtsurtel auf Befehl der Volksgel wegen Aufhebung, Brandstiftung, Störung von Zellenversammlungen und anderen von der G.P.U. erfundenen Delikten.

Seither hat das Schreckensregiment weiter gewütet und ihm unangenehme Bauern auf bestialische Weise aus dem Leben in den Tod befördert.

Das ist Rußland von heute!

Keine Einigung mit Schweden.

Fortsetzung der Verhandlungen in Berlin.

Die deutschen Delegierten für die Handelsvertragsverhandlungen haben Stockholm verlassen. Eine Einigung ist bisher nicht erzielt worden. Wie wir hören, beabsichtigen demnächst Vertreter der schwedischen Regierung, in der Angelegenheit nach Berlin zu fahren.

Arbeiterregierung und China.

Rückgabe einer englischen Konzession.

London, 11. November. (Eigenbericht.)

Die Arbeiterregierung ist sofort nach ihrem Amtsantritt dorthin gegangen, auch im Fernen Osten die Großbritannien schwer schädigenden Erbschaften früherer Regierungen zu beseitigen. Wie amtlich verlautet, ist nunmehr ein Abkommen zwischen der britischen und der chinesischen Regierung zustand gekommen, in dem sich Großbritannien bereit erklärt, bereits am kommenden Freitag die britischen Konzessionen von Tschinkiang an China zurückzugeben. Die britische Kommunalverwaltung in diesem Gebiet wird mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

Hitler in Blech.

Bei einem Propagandaausflug in Wiesbaden verteilte die Hitler-Beute Münzen mit dem Bilde des großen Adols und der Aufschrift: Adolf Hitler, der Führer aus der Kol. Das Material der Münze ist das berühmte Inflationsblech aus der Zeit der 500-Mark-Stücke jenseits Angedenkens. Das Geld und die Erinnerung an die Inflation sind gleich bezeichnend für Hitler.

Weil die Regierungstelephonate abgeschrieben und ihrem Mann, einem Schutzbundführer, gegeben haben soll, ist die Telephonistin Bernaczel in Linz verhaftet worden. — Der Innsbrucker Brigadegeneral Kirsch ist abberufen worden, weil Dienstpapiere verschwendet sein sollen.

Das Braunkohlegeld.

Hitler erklärt — Braunkohlenyndikat schweigt.

Zu unseren Mitteilungen zu der Finanzierung rechtsstehender Verbände und Parteien durch das Ostelbische Braunkohlenyndikat schickt uns Herr Hitler die folgende Berichtigung:

„An Nr. 509 des „Vorwärts“ vom 30. Oktober 1929 befindet sich unter der Ueberschrift „Braunkohle finanziert Hakenkreuz. Auf Kosten der Britenverbraucher“ folgende Behauptung: „Das Ostelbische Braunkohlenyndikat hat in den letzten Jahren der Deutschen Nationalen Partei, dem Stahlhelm und der Nationalsozialistischen Partei große Geldmittel zur Verfügung gestellt.“

Es ist unklar, daß mir das Ostelbische Braunkohlenyndikat „große Geldmittel zur Verfügung“ gestellt hat.

Wahr ist, daß das Ostelbische Braunkohlenyndikat weder direkt noch indirekt, weder mir noch der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, noch einer Untergruppe oder einer Zeitung derselben Geldmittel oder sonst etwas zur Verfügung gestellt hat.“

Wir stellen zunächst fest, daß zwar wohl eine Erklärung von Herrn Hitler vorliegt, aber keinerlei Erklärung vom Ostelbischen Braunkohlenyndikat. Stahlhelm und Deutsche Nationalen Volkspartei schweigen ebenfalls wie ein Grab.

Der Vorgang der Finanzierung ist natürlich nicht so erfolgt, daß das Ostelbische Braunkohlenyndikat direkt Ueberweisungen an die finanzierten Gruppen gegeben hat. Die für diese Zwecke bestimmten Summen sind persönlich durch die Herren Kersten und Heubel an den Deutschen Braunkohlenindustrieverein nach Halle gegeben worden. Der Braunkohlenindustrieverein hat diese Gelder durch ihm nahestehenden Personen weitergeleitet. Diese Finanzierung ist mit Wissen und Willen des Generaldirektors des Ostelbischen Braunkohlenyndikats „Jude Reichel“ erfolgt.

Bei dem von uns angegebenen Summen handelt es sich nur um laufende Beiträge. Bei den Wahlen sind darüber hinaus noch erhebliche Summen gegeben worden.

Wir sehen weiteren Dementis mit dem größten Interesse entgegen.

Die Klage der Gefressenen.

Die „recht unbedeutliche Propaganda“ der Nationalsozialisten

Zu dem Lübecker Wahlergebnis schreibt die „Kreuz-Zeitung“, das Organ des Grafen Westarp, mit beachtenswerter Offenheit:

Das Ergebnis der Wahlen zur Lübecker Bürgerschaft bestätigt die Beobachtung, die seit einigen Monaten bei sämtlichen Wahlen, Landtags- und Kommunalwahlen, gemacht werden konnte, daß nämlich beachtliche Teile der Wählerschaft, die bisher ihre Stimme den Staatsbürgerlichen Rechtsparteien gegeben hatte, zu den Nationalsozialisten abgewandert sind. Diese nationalsozialistische Erfolgsbarriere vornehmlich auf der mitunter recht unbedeutlichen Propaganda, die mit einer bemerkenswerten Effizienz ins Volk getragen wird. Es hat den Anschein, daß manche Kreise sich durch diese gewiß anerkennenswerte Aktivität des oppositionellen Auftretens bestechen lassen, ohne die politischen Forderungen der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei einer notwendigen Prüfung zu unterziehen.

Für den Grafen Westarp macht sich das Gefühl des Gefressenwerdens durch Hitler schon recht unangenehm bemerkbar, während Eugen Berg, noch immer stolz auf seine 0,05 Prozent Ueberstich hochob, in den Bogen der nationalsozialistischen Demagogie herumplätschert, die Stück für Stück von seiner Partei abdrücken.

„Von Westarp unterrichtet sich Eugen Berg dadurch, daß dem imitierten Ehruster Parteiführerfragen um eine bestimmte Partei fremd sind. Schon einmal ist deshalb Westarp in den letzten Tagen dem Eugen Berg in die Parade gefahren: als die Eugen-Berg-Preße den Volksentscheidstermin im Dezember als Lüge denotations denuntiarte, erklärte Westarp öffentlich, daß dieser Termin seiner, des Grafen Westarps Forderung entspreche. Offenbar münkt Westarp die Verlobte des gemeinsamen Kampfes Schulter an Schulter mit Hitler möglichst rasch beendet zu sehen, ohne Hitler die letzten deutschnationalen Schöpfeln dabei fortgeschmoppelt hat. Eugen Berg ist dieser Gesichtspunkt nebensächlich. . . .“

Die Rebellion gegen Eugen Berg.

Nachdem der deutschnationalen Kreisvorsitzende Graf Hermann zu Dohna in der „Berliner Börsenzeitung“ gegen Eugen Berg rebelliert hat, setzt Kunz Graf Finkenstein die Angriffe gegen Eugen Berg fort. Er sagt, daß die Deutschnationalen vom Volk abgeschnitten, vom „fruchtbarsten Band der parlamentarischen Weltarbeit“ ausgeschlossen sind, und schreibt:

„In weiten Kreisen bricht sich die Erkenntnis Bahn: Noch ein solcher „Sieg“ wie das Volksbegehren, und die Partei ist tot. Tot für fruchtbringende Mitarbeit am Staate weil sie nicht koalitionsfähig ist für die in der Mitte stehenden bürgerlichen Parteien. Weil ihre Führung glaubt Erbspäcker zu sein des nationalen Gedankens, und ist doch nur Unterpfänder des Nationalismus Hitlerscher Provenienz.“

Graf Finkenstein fragt: „Wo ist die Partei der anständigen konservativen Opposition?“ Damit er jedenfalls sagen will, daß er die Eugen-Berg-Leute nicht in den Kreis der anständigen Menschen einbegreift.

Severing zur Beamtenfrage.

Eine Rede in Stettin.

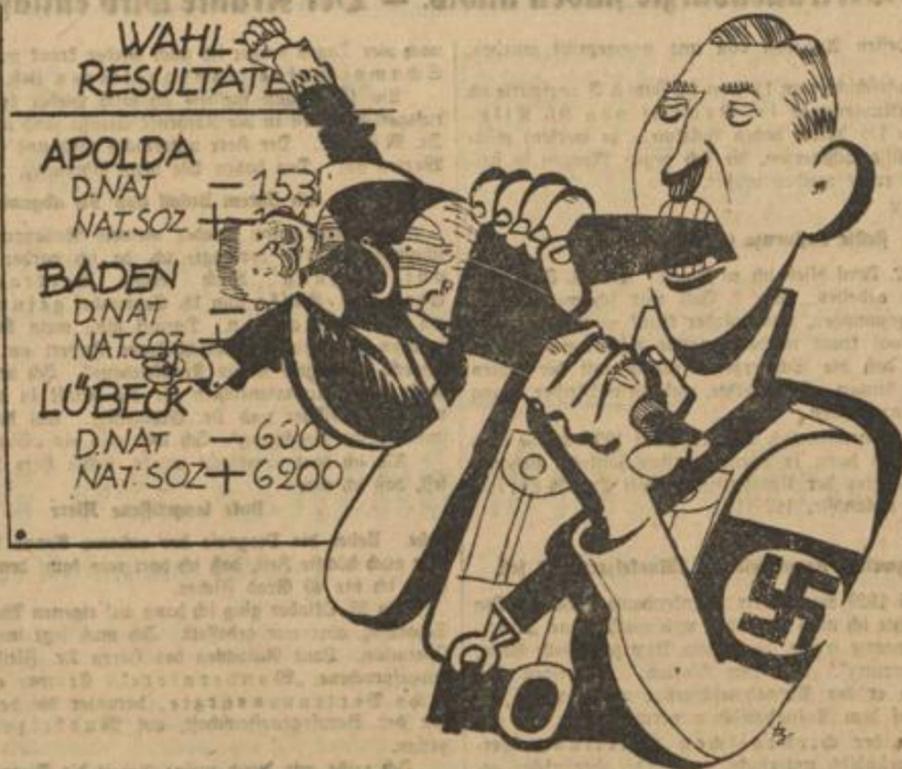
Stettin, 11. November.

Reichsinnenminister Severing hielt heute im Restaurant Groß-Stettin anlässlich der bevorstehenden Kommunalwahlen einen Vortrag. Reichsbanner und Jugendbünde hatten den Minister am Bahnhof mit einem Fackelzug empfangen. Der Saal, in dem der Minister sprach, war bereits lange vorher überfüllt, so daß die Wehrzahl der Teilnehmer im Garten werden mußte, wo die Rede durch Lautsprecher übertragen wurde.

Der Minister setzte sich einleitend mit den einzelnen Parteien auseinander und kam dann auf das Volksbegehren zu sprechen. Er dementierte die Behauptung, daß er Anweisung gegeben hätte, daß gegen Beamte, die sich eingeleitet hätten, ein Disziplinarverfahren eingeleitet würde. Er denke nicht daran, diesen Beamten irgendein Haar zu krümmen.

Etwas anderes sei es, wenn höhere Beamte in öffentlichen Veranlassungen Reichsministern den Vorwurf des Landesverrats gemacht hätten. Gegen solche Beamte müsse auf dem Disziplinarwege vorgegangen werden. Der Minister legte dann die Bedeutung der Kommunalwahlen auseinander.

Hitler frißt Eugenberg.



„Ich träumte einst vom Bloß, — ei wei —
Jetzt werd' ich Hitlers Speisefrei!“

Reform der Krankenversicherung.

Erste Verhandlung im Reichsarbeitsministerium.

Bei zahlreicher Beteiligung von Vertretern der Reichs- und Länderministerien, der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, der Krankenkassenverbände und sonstiger Interessenten, fanden am Montag, dem 11. d. M., die ersten Verhandlungen über die Vorschläge des Reichsarbeitsministeriums zu einer Reform der Krankenversicherung statt. Ministerialdirektor Grieser wies einleitend darauf hin, daß es sich um unzerstörliche Vorschläge handelt; sie sind also weder für das Reichsarbeitsministerium noch für die übrigen Reichsministerien bindend.

Drei große Fragenkreise standen zur Aussprache. Kreis der versicherten Personen, Änderungen in den Leistungen und die Organisation der Krankenversicherung. Ministerialdirektor Grieser erläuterte dann im einzelnen die vorgeschlagenen Änderungen. Die freien Gewerkschaften forderten für die Angehörigen die Anpassung der Krankenversicherungspflichtgrenze an die Angehörigenversicherungspflichtgrenze, also Festsetzung einer Jahresverdienstgrenze von 8400 M. Den Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums, die freiwillige Weiterversicherung noch oben durch Festsetzung einer Einkommensgrenze zu beschränken, lehnten sie ab. Den vom Ministerium in Vorschlag gebrachten Änderungen in den Leistungen stimmten die Vertreter der freien Gewerkschaften nur teilweise zu. Die Einführung der Familienkrankenpflege als Pflichtleistung wurde begrüßt, dagegen wurden die in Vorschlag gebrachten Änderungen für den Bezug des Krankengeldes, insbesondere die Nichtgewährung von Krankengeld, wenn der Versicherte Anspruch auf Arbeitsentgelt hat, abgelehnt. Das gleiche gilt auch von der Erhebung einer Gebühr für die Ausstellung des Krankenscheines.

Hinsichtlich der Organisation der Krankenversicherung trat Spliedt als Sprecher der freien Gewerkschaften mit großem Nachdruck für eine weitere Verschärfung der geplanten Vorschriften über die Reueerrichtung von Krankenkassen ein. Es müsse nicht nur die Reueerrichtung von Krankenkassen an die Zustimmung der Versicherten gebunden werden, es müßte auch vorgeesehen werden, daß auf ihren Antrag die Schließung von Krankenkassen zu erfolgen hat. Die Mindestzahl von Mitgliedern für die einzelnen Krankenkassen ist möglichst hoch festzusetzen. Spliedt machte dann Vorschläge für eine organisatorische Zusammenfassung der verschiedenen Krankenkassen in einem Bezirk zum Zwecke der Gemeinshaftarbeit. Auf diesem organisatorischen Umbau müsse dann die Zusammenfassung für

das Reichsgebiet durch Schaffung eines entsprechenden Organs erfolgen. In seiner Zusammenfassung ist der Grundgedanke der Selbstverwaltung in der Krankenversicherung, daß die Versicherten zwei Drittel der Vertreter, die Arbeitgeber ein Drittel der Vertreter stellen, durchzuführen. Den vom Ministerium in Vorschlag gebrachten Hauptausschuß für Krankenversicherung beim Reichsarbeitsministerium, lehnten die freien Gewerkschaften ab.

Für die Arbeitgeber sprach der führende Mann der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, Präsident Braumüller. Er wies auf die Steigerung der Aufwendungen für die Krankenversicherung hin, bejahte ihre Notwendigkeit, forderte jedoch eine Beschränkung auf den schuldbedürftigen Kreis. Diesen zog Herr Braumüller, wie wir es von den Arbeitgebern her gewohnt sind, sehr eng. Das war auch der Grundgedanke bei den Änderungen der Leistungen. Mit der Umwandlung von Beiträgen in Sachleistungen ist man einverstanden, wenn keine Kostensteigerung damit verbunden ist. Braumüller lehnte alle grundlegenden Änderungen im organisatorischen Aufbau der Krankenversicherung ab, bekannte sich zum berufsständischen Gedanken in der Krankenversicherung, wobei seine besondere Liebe den Betriebskrankenkassen galt. Aus diesen, den freien Gewerkschaften ganz entgegengesetzten Motiven, kam auch Braumüller zur Ablehnung des Hauptausschusses für Krankenversicherung. Er spielte sich dabei als Verteidiger der Selbstverwaltung und der gegenwärtigen Grundlagen der Krankenversicherung auf.

Aus der Aussprache verdienen insbesondere noch die Ausführungen von Helmut Behmann, des Vertreters des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen hervorgehoben zu werden. Er wies nach, daß das Anwachsen der Ausgaben der Krankenversicherung in erster Linie eine Folge der gewaltigen Steigerung der Zahl der Versicherten ist, was bei den Auseinandersetzungen gesähenlich übersehen wird. Bei dem Ausbau der Leistungen vermehrt er ein Eingehen auf die Arztfrage, die doch von zentraler Bedeutung ist. Auch er hält die gegenwärtigen Vorschläge für die Bildung des Hauptausschusses, insbesondere hinsichtlich seiner Zusammensetzung, für unannehmbar.

Die Aussprache zeigte die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in den Grundfragen der Krankenversicherung, die letzten Endes politisch ausgetragen werden können.

England und Rußland.

Konservative Anfragen im Unterhaus.

London, 11. November. (Eigenbericht.)

Von konservativer Seite wurden am Montag mehrere Fragen über die englisch-russischen Beziehungen an den Außenminister gestellt. Der konservative Abgeordnete Pownall fragte Henderson, ob er von Rußland eine Antwort auf seine Erklärung erhalten habe, daß die britische Regierung die russische Regierung für alle Handlungen der 3. Internationale in Großbritannien verantwortlich machen werde. Henderson antwortete, daß er diesbezüglich keine Frage an Moskau gestellt,

sondern eine Erklärung im Namen seiner Regierung abgegeben habe. Auf eine weitere Frage, ob Henderson von der Fortsetzung der kommunistischen Propaganda gegen Großbritannien in Moskau Kenntnis genommen habe, erklärte der britische Außenminister, seines Wissens liege keinerlei Anzeichen einer solchen Neuerung in diesem Sinne vor. Er habe gewisse Festlegungen der russischen Presse zur Kenntnis genommen, wisse ihnen jedoch nicht mehr Bedeutung zu wie gewissen Meldungen der englischen Presse.

Romödie.

„Dem Teufel geholt“

Hansjans Sittenrama erlebte seine Uraufführung unter Reg Reinhardts Regie. Es ist schade, daß das begrenzte Fassungsvermögen dieses kleinen Theaters die Aufführung den breiten Massen unzugänglich machen wird. Unter den Darstellern finden wir Richard Romanowstr., Lucie Höflich, Eugen Kämpfer, Oskar Homolka, Paul Grog, Julius Falkenstein, Grete Mosheim. Es war ein ganzer Erfolg. Das Publikum stand vollkommen unter dem Bann der Hansjanschen Dichtung und erwachte am Schluß der Vorstellung wie aus einem schweren Traum, dessen Handlung echtes Leben war. S. M.

Professor Ludwig Stein feiert heute seinen 70. Geburtstag. Er hatte bereits lange vor dem Krieg einen angelegenen Namen als Philosophieprofessor; während des Krieges trat er jedoch immer stärker als ein außenpolitischer Publizist mit umfassenden sachlichen und personellen Kenntnissen hervor. Er ist jetzt Herausgeber der wertvollen Monatschrift „Nord und Süd“, der er einen starken internationalen Charakter verliehen hat. Als Gründer des „Komitees für internationale Aussprache“ verdankt man seiner Initiation vorwiegend prominenter Staatsmänner des Auslandes, z. B. vor Jahren, Prof. Machonats — in Berlin.

Triester Polizeipräsident erschossen. Am Montag mittag wurde der Chef der Triester Polizeidirektion im Hause für des Polizeigebäudes von einem Bizekommissar der Polizei nach einem kurzen Wortwechsel durch zwei Revolverkugeln niedergestreckt. Der Polizeipräsident verschied nach wenigen Minuten. Der Täter wurde auf der Stelle verhaftet. Allem Anschein nach ist es zwischen beiden wegen der Anwendung einer Polizeiverordnung zu schweren Meinungsgegenständen gekommen, in deren Verlauf der Polizeibizekommissar aus Rache zu dem Revolver griff.

Wo die Krankenkassen sparen könnten...

Arzneimittel mit und ohne Punkt.

Wir veröffentlichen vor kurzem einige Angaben, die auf den Wucher der chemischen Großindustrie mit lebensrettenden Mitteln, wie z. B. dem Insulin hinweisen. In diesem Zusammenhang wurde auch festgestellt, daß das Reichsgesundheitsamt seiner Aufgabe preisgestaltend auf dem Arzneimittelmarkt durch eine entsprechende Änderung der Arzneiliste zu wirken, trotz konkreter Vorschläge nicht nachkommt. Wie sich dieses Mißlingens in der Praxis auswirkt, zeigen die steigenden Ausgaben der Hauptverbraucher der Arzneimittelindustrie, besonders der Krankenkassen.

So wurde z. B. am 19. Juni 1929 durch das Monopolum für Spiritus der Preis für reinen Spiritus erhöht; dagegen blieb der Preis für vergällten, das heißt nicht trinkbaren Spiritus, unverändert. Diefem vergällten (denaturierten) Spiritus gleichzustellen, sind in der Medizin z. B. alle Tinkturen, die zum äußeren Gebrauch bestimmt sind, also unter anderem Myrrhentinktur, deren Preis sich jetzt für 10 Gramm statt 25 Pf. auf 35 Pf. stellt, der bekannte Jodtinktur, die ebenfalls von 30 auf 35 Pf. stieg, oder des Senfspiritus, von dem früher 100 Gramm 1,35 M., jetzt 1,60 M. kostet. Da kein Mensch Jodtinktur trinken kann, fällt diese unter den vergällten Spiritus, dessen Preis sich nicht erhöhte. Warum hier das Reichsgesundheitsamt als maßgebende Instanz trotz Aufforderung im Interesse der Verbraucher nicht eingriff, ist unerklärlich. Die Arzneiliste selbst, die vom Reichsgesundheitsamt aufgestellt ist, weist aber auch sonst mancherlei Absonderlichkeiten auf, die baldigt verschwinden müssen. Es gibt da drei Arten von Arzneimitteln: 1. Mittel mit einem Punkt, 2. ohne Punkt und 3. mit drei Punkten. Es ist nun interessant, daß häufig gleichwirkende Mittel einmal mit und dann wieder ohne Punkt erscheinen. Für den Verbraucher wirkt sich das so aus, daß zum Beispiel der Hamburger Tee ohne Punkt, der St. Germaintee mit Punkt aufgeführt ist. Für die Mittel ohne Punkt berechnen nun die Apotheker allein für die Abgabe 25 Pf. Daß das unberechtigte Arbeitspreise sind, erhellt sich daraus, daß diese Mittel zum Teil auch beim Drogeristen ohne Aufschlag natürlich zu erhalten sind. Es sei da nur an Fenestol, Perubalsam, Ujfol, Ujfolform usw. erinnert, für die alle der Apotheker 25 Pf. extra ohne den sonstigen Nutzen hat, den er als Zwischenhändler bekommt, denn er stellt ja die Mittel nicht selbst her, sondern ist nur einfacher Verkäufer.

Andererseits scheint das Reichsgesundheitsamt auch preisvereinfachend wirken zu wollen. So befanden früher folgende Mindestpreise. Für die oben erwähnten Mittel mit einem Punkt war der Verkaufspreis für die kleinste Menge 10 Pf., für die unbedeutenden Mittel war Mindestpreis 15 Pf., und für die drei Punkte 20 Pf. Jetzt sollen nur zwei Preise bestehen, und zwar für die Einpunktmittel 10 Pf., alle anderen 20 Pf. Da kostet z. B. die allgemein bekannte Effigauratorbe 1 Gramm, das zur Anfertigung einer Salbe verwendet wird, 10 Pf. und ebenso 100 Gramm. Noch ungünstiger für den Geldbeutel des Verbrauchers wirkt sich diese „Vereinfachung“ zum Beispiel im folgenden Falle aus. Morphium ist ein Mittel ohne Punkt, kostete also ursprünglich 15 Pf., jetzt 20 Pf. Jetzt wird bei Morphium mit ein Hundertstel Gramm gerechnet als kleinster Menge. Dieses 0,01 Gramm kostet, obwohl für 0,1 Gramm, also das Zehnfache nur 25 Pf. zu zahlen sind, und der Grundpreis für 0,01 Gramm 5 Pf. beträgt, auf Grund der Arzneiliste 20 Pf. Der Außenstehende legt zu solchen Berechnungen, hier wird Vernunft Unstun, ganz besonders

wenn man berücksichtigt, daß vom gleichen Reichsgesundheitsamt auf Grund der Einkaufspreise des Großhandels die Grundpreise festgelegt werden.

Dieser mangelnde Sinn für eine Preisherabsetzung im Interesse der Kranken scheint aber im Reichsgesundheitsamt bei der Schaffung der Arzneiliste überall geherrscht zu haben. So hatten die Apotheker

bis 1913 das Recht, auf alle Fertigpräparate unterchiedslos einen Zuschlag von 60 Proz. zu berechnen. Seit der Stabilisierung dürfen die Apotheker 75 Proz. aufschlagen. Man wollte nun den Krankenkassen als Hauptkonsumenten entgegenkommen, indem man vor schrieb, das auf einen Einkaufspreis von 2,50 M. bis 3,20 M. nur 1,90 M. Zuschlag genommen werden dürfe, für die Mittel über 3,20 M. 60 Proz. Praktisch hat das aber keine Erleichterung bringen können, da trotz aller Profile der Industrie alle Einkaufspreise der Fertigpräparate, mit ganz geringen Ausnahmen, unter 2,50 M. liegen.

Das sind nur so einige Blüten aus der vom Reichsgesundheitsamt herausgegebenen Arzneiliste. Durch ihre inneren Widersprüche und die zu hohe Bemessung der Gewinne ist sie sehr abänderungsbedürftig.

Tag der Eisenbahnkatastrophe...

Der Unfall von Altona.

Altona, 11. November.

Zu dem schweren Eisenbahnunfall in Altona wird noch ergänzend mitgeteilt, daß der Führer der Unglückslokomotive von dem ganzen Unfall nichts bemerkt haben will. Er sei ins Depot gefahren und habe erst später von dem furchtbaren Unglück gehört. Demgegenüber ist zu bemerken, daß auf dem Arbeitszug hellbrennende Akzelenlampen zur Beleuchtung der Arbeitsstätte aufgestellt waren und außerdem in der Höhe des Arbeitszuges ein Warhsignal steht, auf das der Lokomotivführer unbedingt sein Augenmerk richten mußte. Das Unglück trat sich um 2.44 Uhr auf gerader Strecke zu, und zwar, wie weiter gemeldet wird, bei klarer Sicht. Bereits um 2.58 Uhr traf die Feuerwehr an der Unfallstelle ein und nur wenig später auch der Bahnarzt.

Eisenbahnanschlag bei Braunschweig.

Der dritte Anschlag in wenigen Wochen.

Hannover, 11. November.

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Hannover teilt mit: Am Sonntag, dem 10. November, gegen 20 Uhr, ist bei Kilometer 53,2 der Strecke Celle—Braunschweig zwischen den Bahnhöfen Osterode und Watenbüttel eine mit einem Betonklotz versehene Schiene von etwa 3,50 Meter Länge quer über das Gleis gelegt worden. Bei der Durchfahrt des Personenzuges 888 hat die Lokomotive das Hindernis zur Seite geschoben. Personen sind nicht verletzt. Für die Ermittlung der Täter hat die Reichsbahndirektion Hannover eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt. Es ist dies der dritte Anschlag innerhalb weniger Wochen in der Nähe von Braunschweig.

Das Dessauer Eisenbahnunglück.

Zu hohe Geschwindigkeit als Ursache?

Zum Dessauer Eisenbahnunglück berichtet die Reichsbahndirektion Halle a. d. S. weiter: Der Lokomotivführer des gestern verunglückten Personenzuges 402 Magdeburg—Leipzig und sein Begleiter haben die Kenntnisnahme der ausführlichen Dienstvorschriften am 7. November bestritten.

Am 8. November sind sie nochmals vom Vorsteher ihres Betriebsamtes befragt worden, ob sie Kenntnis aller Dienstvorschriften hätten. Die Frage ist bejaht worden. Nach dem Befund unmittelbar nach dem Unfall war die noch stehende ablenkende Fahrstraße völlig unversehrt. Wie der Stellwerkswärter und der unbeteiligte

Schrankenwärter bekunden, stand das Signal bei Einfahrt des Zuges auf Fahrt, und zwar auf Ablenkung. Eine Umstellung von Weichen unter dem fahrenden Zug war hierdurch unmöglich. Die erste Entgleisungspur befand sich am Ende des letzten Herzstückes der doppelten Kreuzungsweiche. Von hier ab war der Oberbau auf 92 Meter, dem Haltepunkt der Lokomotive, gänzlich zerstört, ein Beweis, daß der Lokomotivführer mit nahezu unermindelter, unzulässiger Geschwindigkeit in die ablenkende Weichenstraße gefahren ist und so den Unfall herbeigeführt hat. Er mußte laut Dienstvorschrift die Geschwindigkeit auf 45 Kilometer verlangsamen. Wenn er diese Dienstvorschrift vergessen hatte, so war er nach den Bestimmungen der allgemein geltenden Fahrplandienstvorschriften sogar verpflichtet, den Zug vor dem zweifelhafte Signal der Fahrstellung zunächst zum Halten zu bringen.

Das Gleis, in das der Zug 402 einfahren sollte, war vollständig frei. Die beschädigten Güterwagen standen auf einem Nachbargleis. Sie sind durch die engste Lokomotive des Personenzuges erfasst worden.

Die Katastrophe von Siegelisdorf.

Reichsbahngeleise sehr reparaturbedürftig.

Nürnberg, 11. November.

In der Montagverhandlung wurde mit der Zeugenvernehmung fortgesetzt. Zugführer Opel aus Würzburg, der die Station Siegelisdorf 24 Stunden vor der Katastrophe mit der zugelassenen Geschwindigkeit von 80 Kilometer durchfahren hatte, schrieb bekanntlich eine Weidestarte über die schlechte Beschaffenheit der Unglücksstelle; die Karte aber wurde erst nach der Entgleisung im Weidestosten des Würzburger Bahnhofs gefunden. Opel erklärte, er habe die Stelle nicht für betriebsfähig gehalten, sondern nur für reparaturbedürftig gehalten. Derartige schlecht befahrbare Stellen wie bei Siegelisdorf gebe es noch mehr auf anderen Strecken und die Lokomotivführer machten auch vielfach Meldungen. Durch den Sommerfahrplan seien die Lokomotivführer gezwungen, alles aus den Maschinen herauszuholen. Durch eine Frage des Staatsanwalts an den Zeugen erfuhr man, daß das Meldewesen bei der Reichsbahn seit dem Siegelisdorfer Unglück geändert worden ist. Die Meldelisten sind verschwunden, und die Lokomotivführer müssen ihre Meldungen persönlich bei den Fahrplandienstleitern abgeben. Weiter wurden zahlreiche Zugunfälle des beschleunigten Personenzuges BP 851 vernommen, der am Sonntag nachmittag die Unglücksstelle befahren hatte. Die Zeugen erklärten übereinstimmend, daß der Zug beeinträchtigt geschwankt habe. Die Verhandlung wurden auf Dienstag vertagt.

Johann Kamáramí:
 27) **Ate, Kosaken!**
 Aus dem Ungarischen
 von Alexander von Sacher-Masoch

Copyright by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

„Ihr waret mir gute Gehilfen, ich danke euch... Jedem schlägt einmal die Stunde... Ich bitte euch, Freunde, erinnert euch manchmal an mich...“

Die Gefellen nahmen mit Tränen in den Augen Abschied von ihrem Meister. Dann trugen sie ihn vorsichtig hinab. Unten stützten ihn zwei unter den Achseln, denn mein Onkel war schluchzend vorausgelaufen. Der Alte bemerkte mich, winkte mich zu sich. Dicke Tränen kolkerten über meine Wangen. Er legte mir die Hand auf den Kopf.

„Alles vergeht einmal, mein Sohn, nur die Ehre bleibt übrig... Vergiß nie, was ich dir jetzt gesagt habe, denn morgen werde ich sterben...“

„Großvater, lieber Großvater,“ ich rang die Hände. Der Alte winkte, ich möge mich beruhigen. Und von zwei seiner Gefellen gestützt, trat er seinen letzten Weg an, den er auf dieser Erde gegangen ist.

Im Hause brach ein großes Weinen und Wehklagen los. Meine Großmutter, meine zwei Tanten jammerten, die Nachbarn liefen zusammen und alle begannen, ihn bitterlich zu beweinen. Denn mein Großvater hatte ein Leben geführt wie ein heiliger und so bemitleideten sie ihn um sein läches Ende. Mein Onkel spannte die Pferde ein, um meine Mutter zu holen, andere liefen in alle Richtungen auseinander, um die Kunde vom Ende des Zimmermanns zu verbreiten.

Urgroßvater schlummerte auch jetzt in seiner Ecke. Und während er manchmal die müden Lider hob, sagte er sanft: „Haj... haj...“

Dann schloß er die Augen wieder und schlummerte weiter. Unerwartet tauchte auch mein Vater von irgendwoher auf. Er hörte sich die Einzelheiten tiefbekümmert an, dann spannte auch er die Pferde ein. Er wollte ins vierte Dorf hinüberreiten, um den Arzt zu holen.

Mein Großvater aber lag auf dem Bett in der inneren Stube. Seine Schläfe waren verbunden, aber auch durch den Verband siderte in blaßem Rot das Blut. Er lag da, langgestreckt, unbeweglich; sein Gesicht war wächlern. Er hob die Augen schon selten, wenn jemand nahte.

Immer mehr und mehr arme Leute kamen. Die Männer standen mit zermetzten Schnurrbärten in der Stube, die Weiber tauten an den Enden ihrer Kopftücher, still vor sich hinschlichend. Und als schon so viele da waren, daß ein großer Teil bereits in der Vorhalle stand, erschien unerwartet meine andere Großmutter, die Frau des Oberkosaen. Sie war verwirrt, die Arme. Ihre Rede war taum zu verstehen.

„Er ist aus der Stadt zurück und hat den Prozeß verloren... Gütiger Gott, was wird er jetzt beginnen!“

Dann begann auch sie über das Schicksal des mit dem Tode Ringenden zu klagen. Obgleich sie ohnedies genügend Grund zum Kummer hatte.

Spät abends kam der Arzt. Er blieb etwa eine halbe Stunde. Als er aus der Stube kam, zeigte er mit den Handflächen an, daß alles vergebens sei.

Mich hatte meine jüngere Tante bereits in das Haus des Oberkosaen gebracht. Denn meine Großmutter wagte es nicht, heimzugehen. Sie befürchtete, daß der Oberkosaen in dieser Nacht irgend etwas Schreckliches ausbrüten werde.

Meine Tante führte mich an der Hand durch den gräßlichen Garten, damit wir schneller zum Ziel gelangten. Es war schon Nacht, tödliche Stille. Ich hatte an diesem Tage soviel mitgemacht, daß ich mit wirrem Kopf an der Seite meiner Tante daherkam und überdies war ich schläfrig. Und in manchen versteckten Teilen des Gartens schien es mir, als ständen mit Heugabeln bewaffnete Männer Wache in der Nacht. Es überließ mich kalt, denn ich dachte an den Oberkosaen und seinen großen Zorn. Der Mond war noch nicht auf, nur die Sterne glänzten mit kalten Augen und wanderten über ihre geheimnisvollen himmlischen Bahnen. Hier und dort stiegen blaße Nebel aus irgendeiner Ecke des Gartens auf... Und einmal sah ich, erschauernd, daß die Tochter jenes alten früheren Bewalters geräuschlos über einen der Pfade huschte... Sie verschwand zwischen den Bäumen und tauchte in der Ferne wieder auf... Von Gestalt und in den Bewegungen glich sie auf das Haar Fräulein Emmi... Sie sah sich mehrmals nach dem alten Schloß um... Dann verschwand sie endgültig im dichtesten Teil des Gartens, wo das Marienbild steht... Es schnürte mir die Kehle zu und ich wagte meiner Tante nichts zu sagen... Ich hatte Angst, große Angst...

Aber was in dieser Nacht noch geschah!

Als wir in das Vorderhaus traten, schrakten wir an der Schwelle zurück. Denn in der Mitte der Stube stand der Oberkosaen, mit zum Zerreißen gespanntem Gesicht, vorn übergebogen und brüllte gerade in sinnloser Wut Josef Paczal an. Josef Paczal stand vor der Ofenbank, ein Bein über das

andere geschlagen, die Brust hervorgereckt. Der bejahrte Viktor hieb bröhnend auf den Tisch. Georg Bajda schob seine Handflächen mit selbstbewußter Miene in seinen kupferbeschlagenen Gürtel. Im schrecklichen Qualm sahen wir im ersten Augenblick nichts als Georg Bajdas Gürtel, dessen Kupferknöpfe bleich durch den Rauch glimmten. Der Oberkosaen schrie Josef Paczal mit gespreizten Beinen und hervorquellenden Adern zu

„Und jetzt mach, wie ich es befohlen habe! Du gehst von drüben unter den Gärten, ich von der Hofseite! Zum Teufel mit diesem Hund! Und wenn du ihn früher triffst, schlage ihn nieder ohne Umstände!“

Meine Tante zog sich in das Hinterhaus zurück. Dann gingen wir zu Bett und lauschten zusammengekauert und zitternd.

Bald darauf wurde es still. Die drei Kosaken und Josef Paczal schliefen aus dem Hause. Durch das schmale Fenster dämmerte in bläulichem Licht die Nacht herein.

Ich schlief ein vor Kummer.

Aber ich schrak einmal auf, denn man hörte von draußen Lärm und ein Wirrwarr von stampfenden Füßen. Ich fürchtete mich und rief meine Tante. Aber meine Tante war nicht mehr im Zimmer. Jitternd lief ich hinaus und blieb auf der äußeren Türschwelle stehen.

Was ich sah, nahm mir den Atem.

Im milben Blau der Nacht schrak das ganze Dorf auf. Von links, von der Seite des herrschaftlichen Gartens, stieg schwarzer Qualm gegen den Himmel: Ein rotes Leuchten stieg krachend zwischen den Bäumen auf. Das Dach der Tenne, von welchem man noch heute abend meinen Großvater stehend herabgeholt hatte, schwankte im Feuer. Im Halbdämmer rannten schreiende Gruppen über die Straße mit Stangen, Eimern, und ihr wildes Geschrei erschreckte mich.

„Feuer! Feuer!“

Lärm und Geklirr tönte aus dem gräßlichen Garten. Die Hunde heulten unter den Gärten und die Wesner hingen sich an die Glockenstricke der zwei Kirchen. Die Tenne krachte und splitterte, und da, als ein wirrer Blick in übernatürlicher Angst über unseren Hof glitt, gewährte ich im äußersten Ende des langen Hofes hinter den Stallungen auf dem Gipfel des Misthaufens den Oberkosaen... Er stand dort, nach vorn gekrümmt, und seine Schnabelnahe hob sich scharf vom purpurnen Hintergrund des Feuers ab... Er stand dort wie versteinert, sein Haar baumelte ihm in die Stirn und spähte hartnäckig in die Ferne, wie ein heutigetägiger Geier... Er stand reglos im flackernden Schein des Feuers...

(Fortsetzung folgt.)

Entgleisung eines Expresszuges

6 Tote und über 50 Verwundete.

New York, 11. November.

Der Frühexpresszug Atlanta—Cincinnati ist bei Oakdale entgleist. Neun Wagen stürzten um. Sechs Personen wurden getötet. Die Zahl der Verletzten, die noch nicht genau ermittelt ist, beträgt etwa 50 bis 75. Der Unfall ereignete sich an einer scharfen Kurve.

Ein Attentat auf einen Schnellzug unternahm eine Räuberbande in der Nähe von Los Angeles. Sie brachte den Zug zum Entgleisen. Die Lokomotive überschlug sich, wobei der Lokomotivführer getötet wurde. Die Bande plünderte dann mit vorgehaltenen Schusswaffen die Reisenden aus.

Die Maste vom Gesicht!

Die Arbeiter der B.B.G. gegen die Kommunisten.

Die Belegschaft der Berliner Brennstoff-Gesellschaft nahm am Sonntag in einer überfüllten Betriebsversammlung im Gewerkschaftshaus zu den verurteilten Angriffen Stellung, die in der „Roten Fahne“ und der „Welt am Abend“ gegen ihren ehemaligen Direktor Brolat und andere Angestellte der B.B.G. erhoben worden sind. Der Berliner Bevollmächtigte des Verkehrsverbundes Dr. Mann wandte sich zunächst gegen die unsinnigen Behauptungen, daß der sozialdemokratische Betriebsvorsitzende Borchardt auf Vorschlag Brolats in den erweiterten Vorstand des Verkehrsverbundes gewählt worden sei. Jeder Gewerkschaftler wisse, daß solche Funktionen nur von den gesamten Mitgliedern der Organisation versehen werden und ein einzelner darauf keinen Einfluß habe. In der Diskussion wurde einmütig festgestellt, daß Betrügereien, wie sie von der kommunistischen Presse behauptet worden sind, praktisch gar nicht möglich sind. Die verurteilten Behauptungen beweisen nur, daß der Kritikerschreiber von dem Geschäftsgang bei der B.B.G. gar keine Ahnung hatte. Im übrigen sei es mehr als verwunderlich, daß man jetzt vor der Wahl mit diesen „Entwürgungen“ komme, während doch dem Kritikerschreiber die Bemühungen angeblich schon seit Jahren bekannt sind. Die Versammlung schloß ihre Meinung in einer einstimmig angenommenen Entschließung zusammen, in der es heißt:

Die kommunistische Presse hat gegen unseren ehemaligen Geschäftsführer, Fritz Brolat, einen Lügenfeldzug ohne Gleichen entfesselt. Es werden Verleumdungen in die Öffentlichkeit geworfen, die Brolat als unforrechten Geschäftsführer und realitätsfremden Verleumdungsredner bezeichnen. Gleichzeitig wird durch ein Uebermaß an falschen Beschuldigungen die Berliner Brennstoff-Gesellschaft als Unternehmen und damit alle Angestellten und Arbeiter der B.B.G. in den Augen der Berliner Bevölkerung herabgesetzt. Einmütig und geschlossen erhebt die Belegschaft der Berliner Brennstoff-Gesellschaft gegen diese verlogene Heße den schärfsten Protest. In 5 Jahren hat sich die Berliner Brennstoff-Gesellschaft unter Leitung von Brolat gegen die schärfste Konkurrenz im freien Wettbewerb die erste Stellung im Berliner Kohlenhandel erobert. Durch pünktliches und ordnungsmäßiges Bedienen der Kundschaft hat sich die B.B.G. im Laufe der Jahre immer mehr die Wertschätzung weiter Kreise der Konsumenten erworben. Im letzten Winter verdankt Berlin die Abwehr einer Kältekatastrophe zum größten Teil der Berliner Brennstoff-Gesellschaft. Wodurch hat die gesamte Belegschaft, vom ersten Geschäftsführer bis zum letzten Arbeiter und Angestellten, in der grimmigsten Kälte mit Sonntag- und Heberstundenarbeit versucht, die Naturgewalten zu bezwingen. Wenn es auch nicht üblich ist, die eigenen Verdienste selbst ins Licht zu rücken, so zwingt dazu die Abwehr der schmutzigen Verleumdungen und Beschuldigungen, die in den letzten Tagen verbreitet worden sind.

Bei dieser erfolgreichen Entwicklung des Unternehmens hatten die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen für Arbeiter und Angestellte gleichen Schritt. Alle Wünsche der Arbeiterschaft wurden durch Verhandlungen zwischen Betriebsvertretung und Organisation mit der Geschäftsleitung der B.B.G. in vorbildlicher Weise geregelt. Die Arbeitsbedingungen wurden durch außerordentliche Lohnerhöhungen und Verbesserungen aller sozialen Einrichtungen mustergerüstig ausgestaltet.

Neuer kommunistischer Schwindel.

Die „Rote Fahne“ beschäftigt sich in ihrer gestrigen Sonntagsnummer erneut mit der Sklareff-Affäre und behauptet, daß Stadtrat Max Peters vom Bezirksamt Treptow auf „jezt erklärliche Weise“ nebst seiner Gattin zu zwei Beuten im Preise von je etwa 2000 M. vor einem Jahr gekommen sei. Ferner verdächtigt sie ihn unforrechter Amtsführung.

Stadtrat Genosse Peters erklärt, daß alle Behauptungen der „Roten Fahne“ un wahr sind, und daß er gegen die „Rote Fahne“ und ihren Gewährsmann, den früheren Leiter des Lebensmittelamtes in Alt-Oranienburg, einen gewissen Apel, den man sicher als den Urheber der Verleumdungen ansehen kann und der von Peters vor längerer Zeit wegen Unregelmäßigkeiten entlassen werden mußte, Strafantrag gestellt hat.

Vorwärts auch im höheren Schulwesen.

Auch hier Erfolge sozialdemokratischer Arbeit.

Wie in der Kommunalverwaltung Berlins die Forderungen der Sozialdemokratie allmählich anerkannt werden und sich durchsetzen, lehrt die Geschichte der letzten Jahres. Auch auf dem schwierigen Gebiet des Schulwesens wurde doch schon manches erreicht, was früher auf heftigsten Widerstand stieß. Das gilt nicht nur vom Volksschulwesen, um dessen äußere und innere Umgestaltung die Sozialdemokratie seit langem bemüht, sondern auch von den höheren Schulen. Hier dürften die Früchte sozialdemokratischer Arbeit auch denjenigen Bevölkerungsschichten nicht unbekannt sein, bei denen unsere Gegner mit ihrer zu den Kommunalwahlen des 17. November betriebenen Wüste Heße sich einen besonderen Erfolg versprechen.

Den Weg zur höheren Schule begabten Kinder unbedeutender Eltern zu bahnen, war immer eine Forderung der Sozialdemokratie. Solange die Einheitschule, wie wir sie meinen, uns fehlt, müssen wir Notbehelfe haben. Welche Partei hat die Staffelung des Schulgeldes nach dem Einkommen der Eltern und der Zahl ihrer Kinder zuerst verlangt? Die Sozialdemokratie. Die Bürgerlichen, die diese Abstufung zunächst bekämpften, sind jetzt nicht mehr dagegen, weil sie sich in Berlin und anderen Gemeinden glänzend bewährt hat. Nur der deutschnationale Stadtverordnete Seemann-Gegebrecht erklärte am 8. März 1928 in der Stadtverordnetenversammlung resigniert: „Wir Deutschnationale sind seinerzeit überhaupt gegen die Staffelung des Schulgeldes gewesen.“ „Sie ist eine Prämie auf Faulheit und schlechtes Betragen.“ „Über nachdem die Staffelung eine vollzogene Tatsache ist, ist an diesem System nichts mehr zu ändern.“ Auf Antrag unserer Fraktion ist die Einkommensgrenze, bis zu der überhaupt kein Schulgeld erhoben wird, von jährlich 2000 Mark auf 2500 Mark erhöht worden. Außerdem ist bestimmt worden, daß für die Kinder, für die der Vater, wenn er Beamter wäre, eine Kindergulde bekäme, 250 M. hinzugerechnet werden. Bei 2. B. 3000 M. verdient und zwei Kinder hat, zählt gleichfalls kein Schulgeld, weil für die beiden Kinder zweimal 250 M. hinzugerechnet werden und so die Einkommensgrenze sich hier auf 3000 M. erhöht.

Da jetzt das volle Schulgeld nur von leistungsfähigen Eltern bezahlt wird, trug die Fraktion keine Bedenken, der Erhöhung des Schulgeldes auf den staatlichen Satz von 200 M. im Jahre zuzustimmen. Mit um so größerer Berechtigung forderten wir aber dafür die Erhöhung der Wirtschaftsbefehlfür die Eltern bedürftiger Schüler. Sie beliefen sich in den fünf Jahren 1925, 1926, 1927, 1928, 1929 auf 450 000, 525 000, 762 500, 900 000 und 1 000 000 M. An Studienbeihilfen für Abiturienten wurden in den Etat eingesezt zum erstenmal im Jahre 1927 10 000 M., dann 1928 50 000 M. und 1929 120 000 M. Auch für die freien Lernmittel wurde mehr ausbezahlt: 1924 und 1925 erst 33 M. für jede Klasse, 1926 aber 50 M., 1927 und 1928 75 M. Für 1929 wurden 4 M. für jeden Schüler bereitgestellt, was eine weitere Erhöhung bedeutet. Hoffentlich bessert sich die Finanzlage bald so, daß es möglich ist, die für die Wirtschaftsbefehlfür und die Studienbeihilfen ausgelegten Posten noch mehr zu erhöhen.

Die Stadt Berlin wendet jetzt für jedes Schüler 545 M. im Jahre auf. Der Staat, der das Schulgeld nicht nach dem Einkommen der Eltern, sondern nur nach der Zahl ihrer Kinder stößt und für freie Lernmittel und Wirtschaftsbefehlfür weit weniger als Berlin aufwendet, gibt nur 447 M. im Jahre für jeden Schüler aus.

Für die Lehrer und Lehrerinnen der höheren Schulen hat der Magistrat die Beihilfen zu ihren Studienreisen von 28 500 M. im Jahre 1924 auf 137 000 M. im Jahre 1927, also fast auf das Fünffache, erhöht. Ihre Gehälter sind in derselben Zeit, entsprechend den staatlichen Sätzen, von 14,3 auf 29,8 Millionen Mark erhöht worden.

Um intelligenten und strebsamen jungen Leuten, deren Begabung sich spät zeigt oder die wegen Mittellosigkeit der Eltern nicht eine höhere Schule besuchen konnten, noch Gelegenheit zu geben, sich auf die Reifeprüfung vorzubereiten, sind in Reußlin auf Antrag des Genossen Dr. Ewensstein Arbeiter-Abiturientenkurse eingerichtet worden. Nach dreijährigem Besuch haben die meisten Prüflinge die Reifeprüfung bestanden, obwohl sie vormittags nur 3 bis 4 Stunden Unterricht hatten und sich während des übrigen Tages ihren Lebensunterhalt durch Handarbeit verdienen mußten. Das ist eine Leistung, die wohl mancher früheren Volksschüler nicht zugezählt hätte.

Diese Leute bekämpfen diese sozialen Einrichtungen, die den Kindern der Armen die Vorbereitung auf das Studium ermöglichen, mit dem Hinweis auf die Ueberflutung der Universitäten. Ihnen sei zugegeben, daß zahlreiche Studenten nicht auf die Universitäten gehören. Es sollen aber nicht mehr junge Leute als bisher studieren, sondern nur die, die sich nach ihrer Begabung dazu eignen. Wir wollen, daß gemäß Artikel 146 der Reichsverfassung für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule

die Anlage und die Reigung maßgebend sind, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung der Eltern. Daher bekämpfen wir die Privatschulen als Ersatz für öffentliche Schulen. Die Eltern schicken ja ihre Kinder meistens deshalb in eine Privatschule, weil diese Kinder in den öffentlichen höheren Schulen nicht mitkommen können oder weil sie nicht mit den Söhnen und den Töchtern von Handwerkern und Arbeitern auf einer Schulbank sitzen lassen. Darum hat die Berliner sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion gefordert, daß die Privatschulen nicht mehr mit städtischen Mitteln unterstützt werden.

Der Ausbau der städtischen Schulen Berlins, die Erleichterung ihres Besuches durch Kinder aus der wertvollen Bevölkerung ist jedoch nur ein Teilziel. Unser Hauptziel ist die Verschmelzung zu einer Einheitschule. Die nordamerikanischen Staaten haben eine sechs- bis achtjährige Grundschule, auf die für besonders befähigte Schüler und Schülerinnen eine vier- bis sechsjährige Oberschule aufgesetzt ist. Diese Einheitschule ist aber erst möglich, wenn wir im Landtag die Mehrheit haben. Solange das nicht der Fall ist, betrachten wir die Aufbauschulen als Vorstufen der Einheitschule. Aufbauschulen hat Berlin bereits zwei für Mädchen und vier für Knaben. Sie sind zuerst von Bürgerlichen und von der Philologen-Schicht leidenschaftlich bekämpft worden. Jetzt muß die Philologenschaft zugeben, daß sie sich bewährt haben. Das „Deutsche Philologenblatt“ macht die Mitteilung, daß im Jahre 1928 nicht weniger als 98 Proz. der Oberprimaner der preussischen Aufbauschulen die Reifeprüfung bestanden haben.

Wir Sozialdemokraten hätten in Berlin auf dem Gebiete des höheren Schulwesens noch mehr erreicht, wenn nicht hier die Rechte der städtischen Körperschaften so gering wären. Fast ganz ohne Einfluß sind wir auf die inneren Angelegenheiten der höheren Schulen. Aber auch das Wenige, das bisher erreicht werden konnte, verdient Beachtung und Anerkennung. Sie wird von den Einsichtigen der Berliner Elternschaft uns nicht verweigert.

Studienrat Dr. Erich Witte.

Ist das der Weg zur reinen Wahrheit? Erst die „Nachtausgabe“, jetzt die „Berliner Stimmen“.

In der Hugenbergschen Nachtausgabe vom 11. Oktober stand, wie der „Vorwärts“ am 18. Oktober berichtete, im textlichen Zusammenhang mit Mitteilungen über die Sklareff-Affäre folgende journalistische Gistblüte:

In diesem Zusammenhang ist es vielleicht sehr interessant, daß das Bezirksamt Kreuzberg eigene Leute angestellt hat, die die Aufgäbe hatten, die Unterwürigen, die mit Umweisung des Bezirksamtes bei der Firma Sklareff Ware gekauft hatten und nun mit Beschwerden kamen, aus dem Gebäude zu entfernen.

Der „Vorwärts“ hatte seinerzeit auch mitgeteilt, daß Bürgermeister Herz vom Bezirksamt Kreuzberg gegen die Nachtausgabe Strafantrag wegen Verleumdung gestellt hatte. Trotzdem hat sich ein Pressezeugnis gefunden, das die Nachtausgabe glaubte übertrumpfen zu müssen. In den „Berliner Stimmen“, dem parteiamtlichen Organ der Deutschen Volkspartei, für die Wahlkreise II, III und IV, Nr. 44 vom 3. November d. J. hat sich diese Gistblüte netz entfaltet. Man liest dort unter der Spitzmarke „Verprügelte Steuerzahler“:

„Der Bürgermeister vom Bezirk Kreuzberg hat sich für Steuerzahler, die etwaige Beschwerden haben, zwei Kauschmütze engagiert. Und zwar zunächst zwei handgefertigte Schlächtergeschellen, und als diesen das Geschäft zu über wurde, zwei Transportarbeiter. Dafür, daß er Steuern zahlt, muß sich der Berliner Bürger für seine berechtigten Beschwerden nach im Auftrag vom sozialdemokratischen Bürgermeister verprügeln lassen. Freiheit, die ich meine!“

In der letzten Stadtverordnetenversammlung hatte der parteiamtliche Stadtverordnete Schwarz in erfreulicher Offenheit gesagt, es sei an der Zeit, den Weg der reinen Wahrheit zu gehen. Glauben Herr Schwarz und seine Freunde, daß der Weg, den ihr eigenes Parteiorgan beschritten hat, der Weg zur reinen Wahrheit ist? Selbstverständlich hat der Bürgermeister des Bezirksamtes Kreuzberg, Genosse Herz, Strafantrag gegen das parteiamtliche Organ der Volkspartei gestellt. Außerordentlich bezeichnend für die Leute ist aber die Tatsache, daß ihnen nachträglich das Herz in die Hose gerutscht ist, denn in einem Teil der Auflage der Nr. 44 findet man diesen gemeinen Angriff auf den Bürgermeister plötzlich nicht mehr.

AMOL hilft bei Rheuma, Backen-, Gelenks-, Nerven- und Entzündungsschmerzen. In Apotheken u. Drogerien erhältlich.

Beleuchte besser!
Boden und Keller brauchen Licht.
Die **Innenmattierung** der Glühlampe — ein neuer Fortschritt.

OSRAM

Befrage die Osram-Verkaufsstellen.

An alle Parteimitglieder!

Das letzte Flugblatt zu den Stadtverordnetenwahlen ist restlos an die Verkaufsstellen ausgeliefert...

- 1. Kreis Mitte. Die Wahlungslisten werden abholen...
2. Kreis Nordosten. Wahlungslisten der 8. bis 13. Wahlkreis...

Heute, Dienstag, 12. November:

- 1. 19 1/2 Uhr bei Köpenick, Kommandantenstr. 83. Vortrag: Politische Aufgaben...
2. 19 1/2 Uhr bei Köpenick, Kommandantenstr. 83. Vortrag: Politische Aufgaben...

Mitgliederversammlungen und Zahlende morgen, Mittwoch, 13. November:

- 1. 19 1/2 Uhr bei Köpenick, Kommandantenstr. 83. Vortrag: Politische Aufgaben...
2. 19 1/2 Uhr bei Köpenick, Kommandantenstr. 83. Vortrag: Politische Aufgaben...

- 34. 19 1/2 Uhr bei Köpenick, Kommandantenstr. 83. Vortrag: Politische Aufgaben...
35. 19 1/2 Uhr bei Köpenick, Kommandantenstr. 83. Vortrag: Politische Aufgaben...

Mitgliederversammlungen und Zahlende morgen, Mittwoch, 13. November:

- 36. 19 1/2 Uhr bei Köpenick, Kommandantenstr. 83. Vortrag: Politische Aufgaben...
37. 19 1/2 Uhr bei Köpenick, Kommandantenstr. 83. Vortrag: Politische Aufgaben...

- 102. 19 1/2 Uhr bei Köpenick, Kommandantenstr. 83. Vortrag: Politische Aufgaben...
103. 19 1/2 Uhr bei Köpenick, Kommandantenstr. 83. Vortrag: Politische Aufgaben...

Mitgliederversammlungen und Zahlende morgen, Mittwoch, 13. November:

- 104. 19 1/2 Uhr bei Köpenick, Kommandantenstr. 83. Vortrag: Politische Aufgaben...
105. 19 1/2 Uhr bei Köpenick, Kommandantenstr. 83. Vortrag: Politische Aufgaben...

BERÜHMTE FABRIKANTEN RATEN! WARM MIT SEIFENFLOCKEN LUXURIOUS IN DEM BLAUEN NICHT! SUNLICHT GES. A.G. MANNHEIM

Kommunale Gemeinschaftsarbeit.

Gegen neue Ausbeutung durch neue gemeinwirtschaftliche Unternehmungen.

Beteiligung des privaten Kapitals an den öffentlichen Betrieben, „Abgabe kommunaler Substanz an die Privatwirtschaft“, das ist die Forderung, die die Vertreter des Finanzkapitals auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie erhoben haben. Die Durchführung dieser Forderung würde die Umwandlung von bisher rein im öffentlichen Besitz befindlichen und rein am öffentlichen Wohl orientierten Betrieben in gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen bedeuten. Die Gefahr einer neuen Ausbeutung liegt herauf. Auch sie muß am 17. November abgemeldet werden.

Es hat einmal eine Zeit gegeben, es war vor dem Weltkrieg, in der auch linke Kommunalpolitiker ein Zusammenarbeiten des privaten und des öffentlichen Kapitals bei den Versorgungsbetrieben befürworteten. Sie leiteten den Gedanken, daß eine Reihe von kommunalen Betrieben, in der veralteten Form des Regiebetriebes verwaltet, mit der technischen Entwicklung nicht Schritt gehalten hatten und bürokratisch und unfachmännisch verwaltet wurden, so daß ein frischer Hauch kaufmännischen und privatwirtschaftlichen Geistes zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und damit zur billigeren Versorgung der Verbraucher nicht haben könnte. Die Zeiten sind aber vorbei. Die meisten öffentlichen Werke haben sich im letzten Jahrzehnt kaufmännisch umgestellt und in ihrem Aufbau eine die Wirtschaftlichkeit garantierende Revolution vollzogen. Das Privatkapital weiß das sehr wohl. An Nebenunternehmungen würde es sich beteiligen wollen.

Das Privatinteresse erschlägt das öffentliche.

Die Wirtschaftsführung und die Geschäftspraxis der heutigen gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen hat dagegen sehr häufig die Rücksichtnahme auf die Verbraucherschaft wie auf die gemeinwirtschaftlichen Interessen vernachlässigt und sich sogar nicht selten vollkommen im Fährwasser des Privatkapitals bewegt. Es hat sich auch gezeigt, daß Mehrheitsbesitz der öffentlichen Körperschaften noch lange keine Geschäftsführung im Interesse der breiten Verbraucherschichten verbürgt. Das typische Beispiel für ein Uebertreten des großkapitalistischen Einflusses trotz Mehrheitsbesitzes der öffentlichen Hand ist das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk, das in den letzten Jahren in zahlreichen Fällen — es sei nur erinnert an den Saarkonflikt und an den Verkauf des Gasfernleitungsnetzes an die schweizerische Industrie — gegen die Interessen der öffentlichen Körperschaften und gegen das Gemeinwohl operierte. Der Düsseldorfener Stadtkämmerer hat die Situation beim RWE. einmal dahingehend charakterisiert:

„Die kommunale Mehrheit ist eine Vielheit sehr verschiedener, oft widerstreitender Interessen... Auf der Seite der Privataktionäre aber wird eine klare Linie innegehalten, diktiert von dem Willen der maßgeblichen Vertreter der Schwerindustrie. So kommt es, daß bei einem Unternehmen, bei dem scheinbar die kommunalen Interessen durch Stimmenverhältnis und Satzungen dauernd bevorzugt sind, in Wirklichkeit die privaten Schwerindustriellen das entscheidende Gewicht haben.“

Trotzdem liegt nicht bei allen gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen das wirkliche Kräfteverhältnis so zugunsten der öffentlichen Interessen wie beim RWE. Die neuere mitteldeutsche Gaswirtschaft kennt eine Reihe gemischtwirtschaftlicher Unternehmungen, bei denen in der Praxis der Einfluß der öffentlichen Körperschaften und auch die Verbraucherinteressen besser gewahrt werden konnten. Es wird auch sicherlich Fälle geben, insbesondere auf Gebieten, die sich bisher noch vollkommen unter privatem Einfluß befinden, wie z. B. eine Anzahl von Hafen- und Lagerhausbetrieben, in denen notfalls vorzuziehen ist, sich mit einer Beteiligung der Kommune zu begnügen, als auf eine Einflußnahme vollkommen zu verzichten.

Wie aber immer im Einzelfall die Verhältnisse gelagert sein mögen, so muß doch der

Kommunalpolitiker, besonders der sozialistische, aus grundsätzlichen Erwägungen heute zu einer entschiedenen Ablehnung der gemischtwirtschaftlichen Gesellschaft gelangen

und darf sie nur in Ausnahmefällen akzeptieren. Schon rechtlich ergeben sich die größten Schwierigkeiten, den öffentlichen Einfluß auf die Zusammenfassung der Verwaltung wie auf die Geschäftsführung und Tarifpolitik des gemischtwirtschaftlichen Unternehmens ausreichend sicherzustellen, Schwierigkeiten, wie sie in einer soeben erschienenen Abhandlung von Dr. A. Bergmann: „Die Einflußnahme öffentlicher Körperschaften auf den Aufsichtsrat“

(Schriftenreihe von Professor Ernst Heymann) eingehend dargestellt und mit einer Fülle von Beispielen belegt sind. Selbst wenn sich diese rechtlichen Mängel beseitigen ließen, bliebe noch immer das Hindernis, daß sich bisher ein Ausgleich zwischen den noch höchstem Ertrag strebenden Interessen des Privatkapitals und den nach billigster Versorgung der Bevölkerung gerichteten Zielen der kommunalen Einflußsphäre sich nicht hat finden lassen und wohl auch nur in den seltensten Fällen zu erreichen ist. Demgegenüber scheint ein anderer Weg, der der

Gemeinschaftsarbeit der Kommunen unter Eingliederung in größere staatliche Versorgungssysteme

durch die Entwicklung vorgeschrieben und allein für uns gangbar. Bisher ist der Zusammenschluß zu interkommunalen Versorgungsunternehmen nur unzureichend verwirklicht worden. Auf dem Elektrizitätsgebiet haben wir außer den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen, die die Städte Dortmund, Münster und Bochum und die angrenzenden Gebiete mit insgesamt etwa 2½ Millionen Einwohnern versorgen, noch eine Reihe kleinerer Zusammenschlüsse von Kommunen, die jedoch nicht allzu sehr ins Gewicht fallen.

Erst in letzter Zeit bahnt sich auf rein öffentlicher Grundlage durch die planmäßige Elektropolitik Preußens eine Angliederung der kommunalen Werke Südbefiens und des Hamburg- und Wesergebietes, neuerdings auch Mitteldeutschlands, in die Großkraftwirtschaft der Preag (Preussische Elektrizität A.-G.) ein. In der Gasversorgung sind im Freistaat und in der Provinz Sachsen, ferner am Niederrhein und in Württemberg auf interkommunaler Basis eine Reihe kommunaler Verbindungen erfolgt, die zum Ziele haben, die Gaserzeugung zu konzentrieren, die Erzeugung der kleineren Werke ganz stillzulegen oder nur als Spitzenerzeugung aufrechtzuerhalten und so durch Gruppengasversorgung den gesamten Kapitalaufwand und die Herstellungskosten für die Gaslieferung zu ermäßigen. In der Wasserwirtschaft ist mit dem Wachstum der Städte die Tendenz unaufhaltsam, die Wassergewinnung an große, von den Städten fern abliegende natürliche Wasserquellen oder künstlich geschaffene Talperren zu verlegen. Die Wasserlieferung der einzelnen Konsumplätze muß in eine planmäßig regionale bzw. Landeswasserwirtschaft eingeordnet werden.

Grundsätzlich können die Vorteile gemeinsamen Vorgehens und gemeinsamer Unternehmungen auf dem Gebiete der Massenerzeugung mit Gütern des täglichen Bedarfs heute nicht mehr bestritten werden. Dennoch sind die sich einer praktischen Zusammenarbeit der Kommunen entgegenstellenden Hemmnisse noch stark. Wenn die Städte die Massenerzeugung der Bevölkerung wett verbilligen wollen, wenn sie der Gefahr der Abgabe von „kommunaler Substanz“ entgegen wollen, so

müssen die Städte aus eigener Initiative zur Gemeinschaftsbildung übergehen und zielbewußt die Konzentration und Rationalisierung der öffentlichen Wirtschaft fördern.

Gewiß brennt heute den Städten die augenblickliche sehr gefährliche Finanznot auf den Nägeln, und auch darum ist Zusammenwirken und Konzentration in der öffentlichen Wirtschaft nötig. Aber es handelt sich hier auch um eine allgemeine, z w a n g s-

läufige und zu fördernde Entwicklungstendenz. Die Kommunen können in diesem Umstellungsprozeß einen Rückhalt in den großen staatlichen Unternehmungen finden. Auf dem Elektrizitätsgebiet ist diese Verbindung vielfach schon zustande gekommen. Die Sächsischen Werke, die Preussische Elektrizität A.-G. und das Badenwerk sind Verbindungen mit örtlichen Stromverteilungsorganisationen eingegangen, oder haben den Zusammenschluß zu größeren Gruppen überhaupt erst ins Leben gerufen. Die reichseigenen Elektrowerke haben sich von einer aktiven Mitwirkung bei der Umorganisation der Energieverteilung bisher abseits gehalten, aber gerade dieses größte deutsche Stromerzeugungsunternehmen könnte, wenn es wirklich von gemeinschaftlichem Geist durchdrungen wäre, hier ein weites Arbeitsfeld finden. Die

Anlehnung kommunaler Werke und Gruppenunternehmungen an die großen Staatskonzerne

würde auch sicherlich die Kapitalbeschaffung erleichtern und verbilligen, da diese Konzernunternehmen mit ihrer weitest sichtbaren Macht und durch die Staatsgarantie leichter und zu günstigeren Bedingungen Kapital beschaffen können, als lokale Einzelunternehmungen kleineren und mittleren Umfangs.

Die öffentlichen Werke stehen heute im Abwehrkampf gegen das Privatkapital. Weitere Steigerung der Leistungsfähigkeit und weitere Verbilligung der Massenerzeugung müssen erreicht werden. Sie unter voller Aufrechterhaltung öffentlichen Besitzes durchzuführen, kann nur gelingen, wenn die Gemeinschaftsarbeit der Kommunen gesichert und mit gesammelter Kraft dem Eindringen des Privatkapitals begegnet wird. Politische Gegenstände in den Stadtparlamenten und Eiferfucheleien zwischen Nachbargemeinden werden sich häufig der Zusammenarbeit im Einzelfalle entgegenstellen. Die Sozialdemokratie wird im Interesse einer wohlverstandenen Selbstverwaltung und in Erkenntnis des gemeinsamen sozialen und wirtschaftlichen Zieles sich von diesen engeren Gesichtspunkten frei machen; sie muß und wird bewußt die Gemeinschaftsarbeit der Kommunen fördern und so

zum Fortbestand und zur Höherentwicklung der öffentlichen Versorgungswirtschaft beitragen. Auch dazu braucht die Sozialdemokratie nur das Vertrauen immer größerer Massen des Volkes.

Bonn und Köln gehen zusammen.

Die Verwaltung der Stadt Bonn hat der für heute einberufenen Stadtverordnetenversammlung den Abschluß eines Stromlieferungsvertrages mit dem Kölner Städtischen Elektrizitätswerk vorgeschlagen. Für den Ausbau des Bonner Elektrizitätswerkes wird außerdem eine Anleihe von 3,1 Millionen beantragt. Gleichzeitig sollen Teile des von dem privaten Elektrizitätswerk „Bergwerk“ versorgten Stadtgebietes an das kommunale Versorgungsgebiet angeschlossen werden.

Wir haben kürzlich berichtet, daß auch die Stadt Bonn durch die Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung genötigt worden sei, mit dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk über die teilweise Privatisierung der Bonner Elektrowirtschaft zu verhandeln. Bald darauf wurde bekannt, daß diese Verhandlungen mit dem RWE scheitern mußten, da die Forderungen des RWE für die Stadt Bonn nicht annehmbar waren. Der oben gemeldete Versuch, durch Zusammenarbeit mit der Stadt Köln die Frage der Elektrizitätsversorgung in Bonn zu lösen, ist sehr erfreulich. Hier ist der Weg gebrochen, von dem wir oben gesprochen haben, und der allein den Interessen der Verbraucher und der Würde der öffentlichen Wirtschaft entspricht.

Polnische Getreidepolitik.

Wenn zwei daselbe tun . . .

Wie aus Warschau gemeldet wird, ist auf einer im Industrie- und Handelsministerium abgehaltenen Konferenz der Beschluß gefaßt worden, agrarische Exportprämien zu gewähren und entsprechende Ausfuhrscheine einzuführen. Bei Roggen und Weizen soll die Ausfuhrprämie 6 Zloty pro Doppelzentner, bei Hafer und Gerste 4 Zloty betragen, während die Exportprämie für Roggenmehl von 7 auf 10 Zloty erhöht wird. Man schätzt den Umfang der durch Exportprämien zu stützenden Getreideausfuhr auf 250 000 Tonnen. Die Verordnung über die Ausfuhrprämien soll am 16. November in Kraft treten.

Morgen findet in Polen die konstituierende Versammlung des „Verbandes der Getreideexporteure der polnischen Republik“ statt, der die Verteilung der Prämien durch Ausstellung der Exportbescheinigungen an die Exporteure übernehmen soll. Gründer des Verbandes sind neben den zahlreichen

landwirtschaftlichen Organisationen die Bank Kwiledzi, Potocki u. Co. in Posen sowie die Posener Bank der Landwirte. Der Verband hat die Aufgabe, den polnischen Getreideexport entsprechend der Nachfrage auf den Auslandsmärkten zu regulieren; die Erteilung der Ausfuhrprämien soll mit der Standardisierung des Getreides in Verbindung gebracht werden.

Was Polen mit dieser Maßnahme will, liegt auf der Hand. Man will die inländischen Getreide- und Mehlpreise erhöhen durch Förderung des Exportes, und zwar auf Staatskosten. Diese Art der Exportförderung und der Preiserhöhung wird noch gefördert durch die Bestimmung, daß der Wert der Ausfuhrscheine bei der Steuerzahlung angerechnet werden kann. Schon die Ankündigung dieser Maßnahmen hat naturgemäß in deutschen agrarischen Kreisen, besonders in den Kreisen der Großagrarier, Empörung ausgelöst. Diese Empörung ist an sich begrifflich; denn Polen will, indem die polnischen Agrarier sich selber helfen, das Angebot im Ausland verstärken. Dieses verstärkte Angebot im Ausland kann auch in Deutschland die an sich sehr niedrigen Preise noch weiter drücken.

Höchster Genuß



Nr. 10 unsortiert

10 Pfg.



Grosse L & W

12 Pfg.



Ich schlage alles

15 Pfg.



In jahrzehntelanger Arbeit haben wir die Vorbedingungen geschaffen, um Qualitätserzeugnisse zu niedrigsten Preisen darzubieten. Bitte überzeugen Sie sich. — Schon ein Blick in unsere Schaufenster läßt Sie die große Auswahl erkennen. Über 100 verschiedene Loeser & Wolff-Zigarren enthält unser neuer Katalog, der auf Wunsch kostenfrei zugesandt wird.

LOESER & WOLFF ZIGARREN

Zentrale: Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee 268

Oeffentliche Wählerkundgebungen

Aber zur Empörung haben die deutschen Agrarier keinen Grund. Sie haben selbst in Deutschland Ausfuhrzölle durchgesetzt, um die deutschen Getreidepreise hochzuhalten, und sie können ihren politischen Kollegen keine Vorwürfe machen, wenn diese dasselbe tun. Die deutschen Agrarier haben sich ja auch nicht dagegen gewehrt, daß die amerikanische Regierung eine große Farmeraktion durchführt, die durch die Minderung des Verkaufspreises auf den Weltmärkten zugunsten der amerikanischen Farmer die Preise erhöhen will. Zu diesen Farmeraktionen haben die deutschen Agrarier geschwiegen, weil sie sich von dieser Erhöhung des Weltmarktpreises einen Vorteil versprechen.

Die Vorgänge in Polen zeigen, daß in der Tat eine planmäßige Beeinflussung der deutschen Getreidewirtschaft erforderlich ist. Es ist zu hoffen, daß die kürzlich erfolgte Einsetzung des Reichskommissars bei der Getreidehandels-gesellschaft und die nunmehr geförderte Zusammenarbeit zwischen dieser und dem Schwermetallverein eine Zusammenarbeit mit dem jetzt in Polen zu gründenden Exportkartell ermöglichen wird. Denn den neuen von Polen ausgehenden Gefahren könnte durch eine solche Zusammenarbeit am wirksamsten begegnet werden.

Eine zentrale Beamtenbank?

Was wird die Verbindung mit einer Großbank nützen?

Die kurz hintereinander erfolgten Zusammenkünfte von drei Beamtenbanken in Berlin und Braunschweig haben die beteiligten Verbände und Banken schnell zu der Einsicht gebracht, daß die bisherige selbständige Beamtenbankwirtschaft nicht mehr zu halten ist, wenn die Vertrauenskrise in der gesamten beteiligten Beamtenbankwirtschaft weiter um sich greift. Man schließt aber auch eingesehen zu haben, daß unter den jetzigen sehr erschwerten Verhältnissen eine selbständige Beamtenbankwirtschaft ein schwer zu lösendes Problem darstellt.

In den letzten Tagen haben zwischen den Verbänden und den beteiligten Banken Verhandlungen mit der Dresdner Bank stattgefunden, damit in Anlehnung an die Dresdner Bank und deren Genossenschafts- und Filialsystem eine Beamtenzentralbank gegründet werden soll, die gleichzeitig auch als zentrale Ausgleichsstelle zu funktionieren hätte. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen; immerhin wäre die Entstehung eines zentralen Beamtenbankinstituts in Verbindung mit der Dresdner Bank möglich. Dafür spricht schon die Tatsache, daß mehrere deutsche Großbanken bemüht sind, das Beamtenbankgeschäft und die Beamtenkreditwirtschaft an sich zu ziehen.

Bei diesen Verhandlungen ist natürlich zu beachten, daß bestmöglich die Beamten vor neuen Verlusten bewahrt werden, daß sich aber keine der privaten Großbanken bereit finden wird, bereits eingetretene Verluste zu übernehmen. Wo die privaten Banken neue Vorschüsse zu zahlen bereit sind, wird das selbstverständlich auf Kredit und gegen spätere Rückzahlung erfolgen. Darüber hinaus übernehmen die Banken überhaupt nur das sogenannte Beamtenkreditgeschäft, das nach menschlichem Ermessen die denkbar größten Sicherheiten bietet.

Zweifellos wird durch die Gründung einer zentralen Beamtenbank in Verbindung mit einer Großbank durch die damit erhöhte größere Sicherheit in der Verwendung der Gelder und die wahrscheinlich schärfere Kontrolle bei Kreditgeschäften die Beamtenbankwirtschaft auf eine solidere Basis gestellt. Es ist aber überhaupt erst zu bezweifeln, ob eine selbständige Beamtenbankwirtschaft heute noch Sinn hat und ob die Gewährung von Vorschüssen, wenn solche unvermeidlich werden, nicht besser durch die Behörden selbst organisiert wird. Die Tatsache einer selbständigen Beamtenbankwirtschaft ist heute in erster Linie daraus zu erklären, daß Standesvorurteile die Zusammenfassung der Beamtenbank in einheitlichen Gewerkschaften und wirtschaftlichen Selbsthilfeorganisationen noch nicht ermöglicht haben. Sonst hätte längst, wie das beim Allgemeinen Deutschen Beamtenbund möglich ist, auch für Beamte der Weg zu einer Sparbank gefunden werden können, die wie die Arbeiterbank, jede erdenkliche Gewähr für die Sicherheit der Einlagen gibt und auch für die erfolgreiche Finanzierung einer genossenschaftlichen Warenwirtschaft.

Eine neue Brotfabrik in Berlin. Mit einem Kapital von 1,65 Millionen Mark ist in Berlin eine neue Brotfabrik entstanden, und zwar unter der Firma Brotfabrik Schönhausen A. G. Unter den Vorstandsmitgliedern befindet sich der frühere Leiter der Anterbrotsfabrik in Wien. Die Arbeiterkassen weiß, wie sie sich das beste und das billigste Brot sichern kann, nämlich durch die Mitgliedschaft in der Konsumgenossenschaft Berlin.

Konzentration für Berliner Preßluftmaschinen. Die Preßluftwerkzeug- und Maschinenbau A. G. „Bremag“, Berlin-Oberschönewitz, und die Internationale Preßluft- und Elektrizitäts G. m. b. H. „Ipea“, Berlin-Brick, haben in einer gemeinsamen Sitzung der Aufsichtsräte die sofortige Durchführung einer Produktionsgemeinschaft beschlossen. Die Verkaufsorganisationen der beiden Gesellschaften sollen bestehen bleiben, woraus zu schließen ist, daß man nur gemeinsam die Kosten senken will, um für die getrennt erzielbaren Kapitalien höhere Gewinne zu erzielen. An eine Preislenkung dürfen diese beiden im Preßluftwerkzeugbau führenden deutschen Gesellschaften bei der Bereinigung ihrer Produktion wohl kaum denken.

Berichtet Krupp auf sein Röhrenwerk? Die Erneuerung der deutschen Eisenverbände war bisher sehr erschwert durch die Kämpfe zwischen den beiden Konzernern Mannesmann und Krupp, nachdem Mannesmann sich seine eigenen Hütten- und Stahlwerksanlagen geschaffen hatte und Krupp seinerseits durch die Planung eines Röhrenwerkes dem Mannesmannkonzern schwere Konkurrenz angebroht hatte. Jetzt wird aus dem Ruhrgebiet gemeldet, daß der Kruppkonzern auf die Errichtung des Röhrenwerkes verzichtet will. Man darf gespannt darauf sein, welche Kompensationen der Mannesmannkonzern und die Vereinigten Stahlwerke, die die hauptsächlichsten Röhrenproduzenten sind, dem Kruppkonzern haben werden müssen. Denn umsonst hat Krupp nicht verzichtet. Jedenfalls wird dabei für Krupp die Erhöhung gewisser Verkaufsquoten herauskommen sein, wie das bei Räumungen in der Schwerindustrie und vor Verbändernerneuerungen so üblich ist. Der Erneuerung der Verbände werden jetzt keine großen Schwierigkeiten mehr entgegenstehen.

Zeremonienaktionen in England. Im englischen Hauptkohlengebiet, in Südwales, soll eine Anzahl von Bergwerksgesellschaften zusammengeschlossen werden. Es handelt sich um 60 Zechen mit einer Belegschaft von rund 40000 Mann, unterführt ein Fünftel der Gesamtbelegschaft in Südwales. Die neue Gesellschaft soll den Namen Vereinigte Wälscher Kohlenruben führen.

Der amerikanische Wulsthandel wächst weiter. Wie aus Washington gemeldet wird, hat sich auch im dritten Vierteljahr 1929 der amerikanische Wulsthandel weiter ausgedehnt. Im Vergleich zur entsprechenden Zeit des Vorjahres erfolgte eine neue Steigerung um 9 Proz. Man wird abwarten müssen, ob diese Erhöhung des amerikanischen Wulsthandels schon ein Zeichen der langsam, aber sicher in Amerika ablaufenden Handelskonjunktur ist. Die amerikanische Konjunktur hatte sich seit mehr als sechs Jahren ununterbrochen aufwärts entwickelt; es ist aber möglich, daß der schwere Aufwärtstrend der New-Yorker Börse und die damit verbundenen erheblichen Verluste bei Anleihebanken und Sparern eine Denerktion einleiten. Die ersten Anzeichen dafür sind in dem rückwärtigen Eisenbahnverkehr und in der sinkenden Autoproduktion schon vorhanden.

Heute, Dienstag, den 12. November:

Mitte 3. Abt. 19 1/2 Uhr in Schinckels Festsaal, Brückenstraße 2. Referent: Stadtverordneter Heinrich Schäfer.
Mitte 4. Abt. 19 1/2 Uhr in der Aula der 5. Oberrealschule, Kleine Frankfurter Str. 6. Referent: Dr. Siegfried Kammerau, Stadtverordneter.

Prenzlauer Berg 27. und 31. Abt. 19 1/2 Uhr in der Schulaula, Gleimstr. 49. Referent: Stadtverordneter Max Kreuziger.

Wilmerdorf. 20 Uhr in den Spichernsälen, Spichernstr. 3. Referent: Karl Severing, Reichsminister des Innern.

Spandau. 20 Uhr im „Paradiesgarten“, Seegesfelder Str. 55. Referent: Stadtrat Wilhelm Reimann.

Pieglitz, Rantow, Richterfelde. 20 Uhr in der Festhalle in Rantow, Dillgestr. Filmvortrag. Vorher Ansprache des Kreisvorsitzenden, Stadtverordneten Otto Klose.

Britz-Buckow 161., 162. Wahlbezirk. 20 Uhr im Lokal Böde, Buckow-Ost, Rudower Str. 11, gegenüber dem Neutöllner Krankenhaus.

Nichtenberg. 19 1/2 Uhr in der Aula der Mittelschule, Marktstr. Referent: Bürgermeister Dr. Ostrowski.

Treptow. Jungwählerversammlung um 19 1/2 Uhr im Lokal Hofstrom, Am Treptower Park 20. Thema: Forderungen der Jugend an die Kommune. Referent: Ludwig Diederich.

Sermsdorf. 20 Uhr im Lokal Ludwigslust, Albrechtstr., Ecke Bismarckstr. Referentin: Frauensekretärin Käthe Kern.

Mahlsdorf-Süd. 20 Uhr im Lokal „Hubertus“, Mahlsdorf-Süd, Köpenicker Allee 100. Referent: Stadtverordneter Richard Krille. Mitwirkung des Arbeitergesangsvereins „Freiheit“.

Biesdorf. 20 Uhr bei Banuscher, Alt-Biesdorf 69. Referent: Franz Mühsener.

Buchholz. 19 1/2 Uhr im Lokal Käthe, Berliner Str. 39. Filmvortrag: Freie Fahrt. Referent: Karl Pitke, M. d. R.

Morgen, Mittwoch, den 13. November:

Kreuzberg 44. Abt. 19 1/2 Uhr in der Schulaula, Mariannenstraße 47. Filmvortrag: Freie Fahrt. Referent: Franz Künstler, M. d. R.

Mitte 1. und 5. Abt. 19 1/2 Uhr an Stelle der Mitgliederversammlung gemeinsame Wählerkundgebung im Hagedorn Hof, Rosenhafer Str. 40/41. Vortrag: Der Kampf um das Rathaus. Referent: Stadtrat Ernst Reuter.

Wedding. Filmvortrag für Arbeitssportler um 19 1/2 Uhr in der Schulaula, Grünthaler Str. 5/6. „Soziale Arbeit, Spiel und Sport im Bezirk Wedding.“ Vortragender: Stadtrat Kulisch.

Tempelhof. 19 1/2 Uhr im Lokal Happel, Gottlieb-Dunfel-Straße Ecke Germaniastraße. Referent: Stadtverordneter Hans Woywod.

Tegel, Heiligensee, ACG. und Borjig-Siedlung. 19 1/2 Uhr in der Kantine. Referent: Bezirksverordneter Gustav Kreutzlein.

Rosenthal. 20 Uhr im Lokal Ranien, Hauptstr. 1. Referent: Stadtverordnetenvorsteher Johannes Hof.

Oeffentliche Frauenkundgebung!

Tempelhof, Mariendorf, Mariensfelde, Lichtenrade. Dienstag, 12. November, 19 1/2 Uhr, in der Aula des Gymnasiums, Tempelhof, Kaiserin-Augusta-Straße. Referentin: Stadträtin Clara Wenf.

Kundgebung der Angehörigen der Graphischen Verbände. Dienstag, 12. November, 17 Uhr, in den Kammerjäten, Leltower Str. 1. Thema: Der Kampf der Sozialdemokratie. Referent: Gustav Eckhardt. Alle Buchdrucker, Steindrucker, Buchbinder, Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen sind eingeladen! Zutritt haben alle Gewerbeangehörigen gegen Vorzeigung des Verbands- oder Parteibuches.

Wahlarbeit der Arbeitssportler!

Anlässlich der am Sonntag, dem 17. November, stattfindenden Kommunalwahlen, beteiligen sich alle Sportler an der Demonstration der SPD., Neutölln, die am Sonnabend, dem 16. November, stattfindet. Treffpunkt 17.30 Uhr am Herbergplatz. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, sich an dieser Demonstration zu beteiligen.

Kartell für Arbeitssport und Körperpflege Bezirk Neutölln.

Männer und Frauen, erscheint in Massen!



Das Kind muß zu Die Spielwaren-Ausstellungen sind eröffnet!

- Leipziger Strasse 11, Familien-Verkaufsstelle in Berlin
- Alexanderplatz 21, Die drei Weisen am dem Morgenlande
- Frankfurt Allee 10, im Zoohergarten
- Wilmerdorfer Str. 1, D. Klein, Neptunstr.
- Eckel-Alliance-Str. 1, Der Wanderskizzen
- Kottbuser Damm 1, Eisen-Maschinen, in 3. Allee
- Brunnenstrasse 1, Die Holzmaschinen
- Andreasstrasse 1, Berliner Kinderwaren

Achtung! Maschinisten u. Heizer!

Ein Arbeitsausschuß der Maschinisten und Heizer versendet einen Aufruf an alle erwerbslosen und beschäftigten Maschinisten und Heizer zwecks Teilnahme an einer Versammlung in Bokers Festsaal, Weberstr. 17, am Mittwoch, dem 13. November.

Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer, sowie Berufsgenossen Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Brandenburg, Sitz Berlin, kennt keinen Arbeitsausschuß der Maschinisten und Heizer. Auch müssen, laut Statut § 1 Abs. 2 der Geschäftsordnung, alle Sitzungen und Versammlungen im Wirtschaftsbezirk von der Geschäftsleitung und deren Beauftragten einberufen werden. Da dieses nicht geschehen ist, ersuchen wir alle Kollegen, dieser Versammlung fern zu bleiben.

Gleichzeitig ersuchen die Zettelervertreiler, auf einer Sammelliste Geldbeträge zu zeichnen. Wir warnen unsere Kollegen irgend wie Geldbeträge auf Sammellisten zu zahlen.

Der Vorstand.

Achtung! Maschinisten u. Heizer!

Am Freitag, dem 8. November, verstarb nach längerem Krankenlager unser langjähriger Angestellter, Herr

Albert Hoffmann
Sein überaus gewissenhaftes Arbeiten rief ihm für immer ein dauerndes Andenken.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse der Buchbinder.

Blumenspenden

Paul Golletz, Hermann-Robert-Meyer, Mariannestraße 3, Ecke Baumstraße, am Sonntag 1929

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Roch langem, schwerem Leben verstarb unser verehrter früherer Mitarbeiter und Kollege, der Buchbinder, **Wilhelm Hillert**

im Alter von 63 Jahren. Während seiner über 30-jährigen Tätigkeit in unermüdlicher Treue lernten wir den Buchbinder als schickigsten Mitarbeiter mit einem geradem, aufrichtigen Charakter kennen und schätzen, so daß wir seiner Bitte nachdrücklich zustimmen.

Besten, den 11. Nov. 1929. **Geschäftsleitung und Personal der Vorwärts-Buchdrucker.**

Trauerfeier: Mittwoch, den 13. November, 11 Uhr im Krematorium Wilmerdorf, Berliner Straße 101-3

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungssitz in Berlin **Nachruf.** Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser **Paul Kliche**

geboren 6. Juli 1856, am 2. November 1929 gestorben ist. **Obere seinem Andenken!** Die Geschäftsleitung hat bereits Rathgebunden. **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Buchbinder und Papiervarbeiter Deutschlands

Todesanzeige. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege der Buchbinder **Wilhelm Hillert**

wahndhaft lebte, Gestaltstr. 13, verstorben ist. **Obere seinem Andenken!** Die Geschäftsleitung findet am Mittwoch, dem 13. Nov., um 11 Uhr, im Krematorium Wilmerdorf, Berlin, eine feierliche Beerdigung an. **Die Ortsverwaltung.**

Siefschlafengut

und erweisen angefallen nach folgenden Rezept: **1 Pfund Baldramen-Reichthum** (Am 1. Tag, 1/2 Liter, zu nehmen). Die natürliche Wirkung der Baldramen-Reichthum, aber nur das echte „Baldramen-Reichthum“ und nicht nur irreführenden Nachahmungen unter falschen ähnlichen Namen. (Preis 1,50 u. 2,50 in Drogerien und Apotheken erhältlich, so bei Ode-Keibel, Berlin 60, Eisenstraße 4)

Das Geheimnis der Osterinsel

Es ist sehr merkwürdig, daß man den alten Melanesiern und Polynesiern nicht mehr und nicht weniger zutraut als die Eroberung des Stillen Ozeans. Das ist, an ihrer Zivilisation gemessen, eine unvergleichlich größere Leistung als alle europäischen Entdeckungsfahrten von Marco Polo bis Columbus zusammengenommen.

Man stellt sich vor, daß das so gegangen sein könnte: Vor sehr langer Zeit drangen über Afrika, Indien und Australien dunkel-farbige Völker, die sich vielfach spalteten, nach Osten. Sie erfüllten, von Insel zu Insel sich vorwärtsbewegend, alle Archipels, besiedelten sie, zogen weiter und weiter, fast bis zur amerikanischen Küste hinüber. Dann aber, so verlängert man diesen Faden der Vermutungen, kam eine hellfarbige Völkerwelle, ausgehoben von der Hochsteppe der Mongolei und den stets überfüllten Rändern der malayischen Bezirke, die wohl oder übel den gleichen Weg ging. Aus ihr sei der heutige Polynesier herausgebildet worden, während der Melanesier jenem anderen, dunklen Völkerstrom entstammt. Schon um das Jahr 1000 n. Ch. hätten die Völker die Omatuinseln, also das Gebiet von Tahiti, erreicht. Nirgends sei es ohne Kämpfe abgegangen, aber auf diesen Archipelen sahen doch zuletzt Polynesier als herrschende Rasse. Freilich vermählten sie sich häufig mit Melanesierfrauen, so daß eigentlich jedes Volk ein Stück hellere Völkergeschichte für sich ist. Menschenfresser waren sie beide, oder wurden es zumindestens auf ihrem Weg durch den Stillen Ozean. Aber ihre Kulturen vereinigten sich endlich und bildeten ein erstaunlich gleichartiges, wenn nicht zu sagen einträgliches Volk, das sich von Insel zu Insel spannte. Damals seien diese Völker alle im Zeichen eines Aufstieges gestanden, der der Höhepunkt ihres Daseins überhaupt gewesen sei. Dann aber seien sie gesunken und nach ehe die Welken kamen, sei ihr Schicksal bereits festgelegt gewesen. So sagt die Hypothese, in der sich heute mit kaum einer Ausnahme alle ethnographischen Forscher der Welt einigen.

Und dafür gibt es, wie sie behaupten, ein Beispiel, die Osterinsel, oder, wie sie mit ihrem eigentlichen Namen heißt: Rapanui. Heute gehört sie zu Chile, das aber niemals großen Gewinn von diesem seit langen nassen, durchaus waldlosen Eiland hatte. Es ist nur 118 Quadratkilometer groß, und seine wenig bewachsenen vulkanischen Berge steigen bis über 500 Meter auf. Gegenwärtig ist die Bevölkerung auf etwa 250 Menschen gesunken. Man hat schätzungsweise im Jahre 1862 einen erheblichen Teil der Eingeborenen, nämlich 5000 Männer, gewaltsam auf die Chinchipu-Inseln übergeführt, wo sie die Guanokoaer ausbeuten sollten und teils dort starben, teils, zurückgekehrt, die Störern und Tuberkulose einschleppten. Ein anderer Teil ist nach den Gamblerinseln ausgewandert, etwa 200 zogen um 1871 nach Tahiti, dessen Sprache der ihren so nahe steht, daß sie ohne Schwierigkeiten von den Osterinsulanern verstanden wird.

Seit Cooks Tagen, der auch diese mehrfach entdeckte Insel besuchte, deutet man an den seltsamen, ungeheuren Steinidolen herum, die sich dort befinden. Jene, die einst die Ahus, die Begräbnisplätze (oder eigentlich Bewohnungsplätze, da die Leichen nicht in die Erde gebettet, sondern zunächst der Luft auf offenen Bestellen ausgelegt wurden) umgaben, sind längst gestürzt, und die dürren Halme der Gräser wachsen über sie. Aber oben am Rano Karaku, einem 150 Meter hohen Vulkan, befindet sich ein alter Steinbruch, der in terrassenartigen Regionen nach abwärts reicht. Dort und am Kraterrand selber wurden jene Steinidole hergestellt, zu Tausenden, zu Hunderten. Ein ganzes Volk scheint mit der Ausbeilegung dieser Figuren beschäftigt gewesen zu sein. Es gibt dreißigtausend Meter lange Giganten, die so wie alle, liegend, stehend, jedes Stüchchen freies Geistes ausnützend, aus dem lebenden Berg herausgeschliffen wurden. Während unten schon die jetzigen Gestalten bald oder ganz eingestürzt sind, befinden sich eine Garde von Riesen, sind oben noch die unfertigen Böden zu sehen, zum Teil erst im Beginn, zum Teil schon fast vollendet. Aus dem leicht zu bearbeitenden Fels herausgearbeitet, grinsen sie aus den Wänden.

Vielleicht entstammen die frühesten jenen Tagen um etwa 1400, da, wie man glaubt, die letzten Polynesier die Osterinsel erreicht hatten. Vielleicht aber sind sie auch noch aus einer älteren Epoche, denn es scheint, als hätte auch hier jener dunkel-braune Massenwechsel stattgefunden, weil Schädel aus jüngster Zeit nicht nur eine ausgesprochene polynesisch, sondern auch eine melanesische Bildung, den Langkopf, zeigen.

Da hat eine der Statuen, die Rano-Pilo-Pilo heißt und von den Schultern bis zum Scheitel fast fünfmal so hoch wie ein Reiter mit seinem Pferde ist, eine wie ein Brett vorgeschobene schmale und niedrige Stirn, darunter die Augen, eingetieft, nichts als dunkle Höhlen. Eine lange, spitze, testartige Nase, eine winzige Oberlippe in einem Mund, der dünn schart, fest zusammengepreßt und eigensinnig vorgeschoben ist. Ein ediges, hartes, steil abfallendes Kinn, ein langer, hagerer Hals, eingezogene Schultern. Der ganze Ausdruck unruhig, beschränkt, gewissermaßen in sich selber überaltert. Dieser Rapa, der nur darin sich an die Insel und ihre Besonderheiten anpaßt, daß er noch mit seinen augenlosen Steinhöhlen blickend ins Weite schaut, ähnelt, wie gesagt, allenfalls nur einigen Nostiken von den Salomonen, aber keinem der Südseevölker. Warum aber diese alten Eingeborenen sich Idole zurechtmachten, die in gar nichts ihren eigenen Volkstypus verkörpert, kann man durchaus nicht verstehen und hat es bisher auch nicht verstanden.

Trotzdem man nun auch bei den wenigen alten und zum Teil offenbar schwachsinigen Kanaken, die die Schrift von Rapanui noch lesen können, festgestellt hat, daß sie die Zeichen nur als Gedächtnishilfe für eine Art auswendig gelernter Rezitationen benutzten, hat man doch über die Bedeutung der steinernen Giganten auch auf diesem Wege mancherlei erfahren. Sie scheinen dem Andenken der „Vogelmänner“ geweiht gewesen zu sein, deren Namen offenbar zum Bekenntnis des Rapa-Rapa, des großen Elterngottes, dazu gehörte.

Es handelt sich dabei um die Eier der Meer[s]walbe, die sehr viel gegessen wurden. Die Auffindung des ersten Eies auf dem der Sandspitze von Orango gegenüberliegenden kleinen Inselchen Moti nui war mit strengsten Zeremonien umgeben. Die „Kongo-Kongomänner“, denen dieses Glück zuteil wurde, hatten ein Jahr Einjamkeit und mühselige Vereinigung mit den Göttern zu bestehen — etwa das was man im Abendland zu ähnlichen Zwecken als heiligmännliches Einfriederleben empfand. Sie gehörten von da ab zu den Vogelzählern ihres Volkes und erhielten ständig von jedermann Geschenke. Ihnen und ihrem Andenken zustande scheinen dann jene Riesenfiguren aufgestellt worden zu sein, vielleicht, um den Einfluß dieser Gemeinden länger für die folgenden Generationen zu erhalten.

Auf der Inselspitze Orongo sind noch die Reste steinerner Häuser übrig geblieben, in denen die Bewohner die Auffindung des ersten Eies durch ihre Sklaven erwarteten. Dort schlägt Tag und Nacht das Rauschen einer tobenden Brandung herauf, welche, jene, auf Schiffsbänken schwimmend, zu besetzen hatten. Aber auch sonst hat dieser Vogelkult manche Spuren hinterlassen. In Skulpturen und auf Motoreien befindet sich immer wieder die Gestalt vogelförmiger Männer, die ein Ei in der hohlen Hand halten.

In wenigen Jahren oder Jahrzehnten werden die Leute von Rapanui endgültig ausgestorben sein. Es ist nicht glaubhaft, daß bis dahin die Rätsel der Vogelmänner und Steingiganten restlos gelöst sein werden. Nicht einmal dazu besteht Aussicht, daß man ihre Schrift wird lesen lernen können, denn dazu gehört offenbar das ganze mündliche Erinnerungsgut der Insulaner, das wir nicht kennen. Vielleicht enthält sie keine Menschheitsgeheimnisse, sondern nur die einfachen Dinge eines Kanakenlebens, so wie die Legenden es tun, von denen man einige aufzeichnen konnte. Aber ist nicht das ganze Rapanui geheimnisvoll, dunkel wie aus Vorzeit, ein Gelpensterwinkler, meererschollen, weitentfernt?

Annie Francé-Harrar.

Josef Kopla:

Der Stern über dem Restaurant „Mars“

Du hellblonder Junge, nie werde ich deine erschreckten großen Augen vergessen, die heftig in deinem weißen, bläulich durchsichtigen Antlitz flammten.

Du bist aus der Stube verschwunden, als wärest du in Licht zertrümmert und aufgestiegen, und würdest jetzt, da wir wieder hier sitzen, den Raum mit matten Ampeln und Glühbirnen beleuchten.

Die schwarzen Fräcke deiner erwachsenen Brüder huschen in trummen Bewegungen an uns vorüber wie fliegende Vögel. Bestete stieren. Teller klappern. Aber wenn man ruft: „Franz, einen Bismarck! Franz, ein Bierchen Rosé!“, dann kommenst du nicht mehr gelaufen. Deine weiße Jacke mit den goldenen Knöpfen leuchtet nicht mehr durch den Saal, im Englischemantel bist du zum Himmel aufgestiegen. Hastest du schon oder acht goldene Knöpfe? Oh, häßlich du hundert gebot, sie wären zu hundert Märtyrernsternen über deinem sanften, geängstigten Kopf geworden!

Das war also der Franz, Kellnerlehrling im Restaurant „Mars“. Schwärmerische, große Augen hatte er, die von dunklen Ringen unterstrichen waren. Als erster stand er auf, als letzter legte er sich nieder. Ein paarmal hatte man ihn auch in einem Winkel gefunden, das Tablett mit den Flaschen in der Hand, wie er gerade einschlofen wollte. Und immer gähnte er und bekam oft genug Prügel dafür. Vielleicht haben wir auch den Ober gescholten, weil wir allzulange auf unseren Wein warten mußten und der Kellner, der dann ausgezahlt wurde, rächte sich durch einen Schlag gegen Franz's schmerzenden Kopf. Und der stille und schweigende Franz, ein toller Reus, um nachgeholt, was er vermisst hatte. Seine Hände aber, die schon alle Kraft verloren hatten, ließen das Tablett gerade vor den Füßen des Chefs zu Boden fallen.

„Wenn ich so was angestellt hätte, als ich in der Lehre war, wäre ich heute nicht hier! Wir müßten alle leiden,“ rief der Chef. Tief's und drehte Franz's Kopf mittels Ohrfeigen ins Schaulke. Und Franz durfte nicht weinen, denn die Gäste durften nichts merken.

Eine große, allzuschmerzende Dose trug der Knabe auf seinen Schultern. Aber darum kümmerte sich niemand. Das ganze Unternehmen lastete auf seinem zarten Leibe. Was immer auch geschah,

immer trug er die Schuld. Auch daran war er schuld, daß die Gäste etwas Trinkgeld gaben.

Ist der Zahlmarmor wütend, dann sind's alle Kellner. Nur Franz darf nicht wütend sein, — alle sagen, in ihrer Jugend hätten sie es auch nicht sein dürfen. Sie hätten sich ihre Sporen auf die gleiche Weise verdienen müssen, sagen sie und schlugen zu. Niemand soll glauben, der Kellnerberuf sei süß wie Honig, sagen sie, schlagen zu und lachen aus vollem Halse dazu.

Franz dachte gar nicht, der Kellnerberuf sei süß wie Honig. Das einzige Süße in seinem Leben ist der Schlaf in der dunklen Kammer neben dem Dachboden. Kräftlos sinkt er dort nieder, ebenso entrückt steht er dort wieder auf. Die Sterne ähneln den goldenen Knöpfen an seiner Jacke. Jeden Morgen putzt er sie, — funkteln müssen die Knöpfe, daß man ein Zündholz daran entzünden kann, schreit der Chef.

Beim Einschlofen oder auch, im Winter beim Erwachen am frühen Morgen fragt sich Franz, ob das lauter kleine Jungen seien dort oben am Himmel, die in ihren weißen Jacken aus dem Restaurants davongelaufen sind! Überall in der ganzen Welt schlafen sie so hoch, überall auf der ganzen Welt sind sie dem Himmel so nahe. Aber wo ist die Leiter, auf der sie hinaufgelangen? Sie sind so mager, so durchsichtig, so leicht, schweben sie am Ende empor oder haben ihnen ihre Kameraden die Hände gereicht?

Hat denn der Franz nicht gehört, daß man sterben müsse, um in den Himmel zu gelangen? Sterben heißt: die Augen schließen und zu atmen aufhören. Die Augen schließen kann er wohl, es ist der schönste Augenblick seines Lebens! Aber er wagt viel zu kurz! Oh, die Augen für lange, lange schließen können! Morgens würde man rufen: „Franz! Franz! Franz!“ Der Bub' schnarpt schon wieder! Und die Kammer schweigt. Das Bett schweigt, die Treppe schweigt, der Franz schweigt und hat die Augen für lange geschlossen.

Den Schlägen und Prüfen würde Franz vielleicht nicht unterlegen. Er hatte nur Lust zu schlafen. Eines Abends schliefte er eine Leiter hinauf, trotz noch Mitternacht an das Fensterchen, hatte seinen müden, durchsichtigen, hellblonden Kopf in einen rauhen Gurt,

schwang noch ein wenig hin und her und schlief dann für lange, lange ein. Seine Augen leuchteten langsam, leicht geöffnet, dem Himmel zu.

„Franz, eine Bismarck!“

„Bitte gleich!“

„Wo ist denn der Franz?“

„Er hat sich heute nacht erhängt. Ich habe mich, als ich Behring war, auch zweimal zu erhängen versucht.“

Sterne fallen, keiner steigt empor. Ach so! Er ist gestorben aufgestiegen, als wir geschlafen haben. Hat man dem Stern die Blase mit den goldenen Knöpfen mit auf den Weg gegeben?

Ein Stüchchen Strang gefällig? Soll Otha bringen! Gähne, gähne dem Stern zu, der über dem Restaurant „Mars“ aufgegangen ist.

(Verschleierte Uebersetzung aus dem Märchen von Emma Auerbach.)

Prof. Dr. A. Erman: Mein Vater

Der berühmte Geograph veröffentlicht selber unter dem Titel „Mein Vater und mein Leben“ in Berlin Orell und Kommer in Leipzig seine Lebenserinnerungen. Mit Genehmigung des Verlags entnehmen wir dem Buche den nachstehenden Abschnitt, der für den Geist der Berliner um die fünfziger Jahre charakteristisch ist. (Vollst. des Buches in Reichenbach 12 M.)

Bei der Denkart meines Vaters hätte er sein Leben trotz seiner geachteten Universitätsausichten doch in Glück und Ruhe führen können, hätte ihm sein leidenschaftliches Temperament nicht Schwierigkeiten bereitet.

Die Erziehung, die in den vierziger Jahren in Preußen herrschte, wird gemächlich unterschätzt; schon damals brangen die politischen Gegenstände bis in die Familien ein, und es begann jene traurige Zeit, die ich noch als Kind miterlebt habe, wo die nächsten Verwandten nicht mehr miteinander verkehrten, weil der eine „reaktionär“ war und der andere ein „Demokrat“. Meine beiden Großväter waren, wie sie das gewohnt waren, lokale Unterthanen ihres Königs, so wenig sie auch allem, was er tat, beistimmten. Von den Schwägern meines Vaters war die eine mitamt ihrem Gatten eine Ultraroyalistin, während die andere, ebenso wie ihr Mann, eine leidenschaftliche Demokratin war. Dieser letzteren schloß ich mich an; trotz der Warnungen meiner Mutter, deren ruhiger Bemerkung die eine Art von Ueberzeugung ebensowenig zulagte, wie die andere. Er wurde ein „entschiedener“ Demokrat, der von einer Revolution eine bessere Welt erhoffte. Ich erinnere mich, daß er als alter Mann einmal im Hinblick auf diese Zeit sagte: „Wir hofften, die Sonne würde blutrot aufgehen und auf ihr würde „Freiheit“ stehen.“ Daß mein Großvater diese Wendung seines Schicksals mit Schmerzen sah, ist verständlich, aber seine Warnungen blieben vergeblich. Da wandte er sich an meine Mutter und fragte sie bestimmt, ob sie denn gar keinen Einfluß mehr auf ihren Mann habe. Darauf konnte sie nichts antworten und hing nur an zu weinen; sie hatte ja schon all ihren Einfluß ohne Erfolg verjagt. So geriet denn mein Vater weiter in die Politik hinein, bis er sogar 1848 in der Aula die Studenten zum Kampfe aufrief.

Auch in den Jahren nach der Revolution beteiligte er sich weiter eifrig an der Politik, immer auf dem linken, republikanischen Flügel der Demokratie. Er wirkte im Handwerkerverein und wirkte in der Presse, vor allem, wie das seinem Wesen entsprach, auch durch seinen Brief. Er gehörte zu dem Kreis, der 1848 die „Ewigkeitskompe“ herausgab, und der sich „Gedien und Familie“ nannte, weil er in der Bierwirtschaft von Sleichen in der Rembrandtstraße logte, in einer Kneipe, über deren Tür die Lampe bis in die Nacht hinein brannte. Auch als dann der „Kladderadatsch“ gegründet wurde, gehörte er zu dessen stillen Mitarbeitern.

Die große Bewegung nahm neue Formen an und vertiefte sich allmählich, aber mein Vater blieb mit wenigen alten Freunden der Republikaner von 1848. Aber als er 1866 in der Wahlversammlung seines Bezirkes sich so wie bisher zur Republik bekannte, da fand er kein Echo mehr; seine Partei war ausgestorben. Schließlich hat auch er 1870 keinen Frieden mit der veränderten Welt gemacht, und eines Tages erzählte er uns zu unserer Ueberraschung, daß er heute den König begrüßt habe; freilich, siehe er hinzu, sein Gruß habe dem Führer der deutschen Truppen gegolten. Indessen, er war nicht mehr so leicht zu begeistern wie 20 Jahre vor dem. Er mißtraute dem Frieden, den die Regierung nach 1866 mit dem Parlament geschlossen hatte, und sah richtig voraus, daß die Freundschaft Bismarcks mit den Liberalen einmal ein Ende haben werde.

Erträgt der Mensch die Stratosphäre?

Im Anschluß an die letzten Höhenweltrekorde und an das Problem des „Stratosphärenfluges“ in allergrößten Höhen ist die Frage außerordentlich wichtig, ob der Mensch überhaupt fähig ist, den äußerst niedrigen Luftdruck größter Höhen zu ertragen. Nach den neuesten, in dieser Richtung unternommenen Versuchen kann das bezweifelt werden. Wenn es auch noch nicht möglich gewesen ist, die Experimente gewissermaßen an Ort und Stelle vorzunehmen, also etwa in einer Höhe von 14000 Metern, so kann man doch in einer Unterdruckkammer leicht denselben niederen Luftdruck erzeugen, der in solchen Höhen herrscht. Die beiden Mitarbeiter der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt, Dr. Koffer und Dr. Gilbert, unternahmen zunächst an Tieren einige Vorversuche bei einem Luftdruck, wie er einer Höhe von 12000 Metern entspricht. Mäuse und Ratten ertrugen diesen niedrigen Luftdruck ganz gut, wenn sie ihm nicht gar zu lange ausgesetzt wurden. Dann setzte sich Dr. Gilbert selbst einem Druck aus, wie er einer Höhe von 14300 Metern entspricht. Bis zu einer Reithöhe von 13000 Metern behielt der Forscher sein volles Bewußtsein, das er dann aber verlor. Nach Abschluß des Versuches wußte er weder, daß er ohnmächtig geworden war, noch daß er Krämpfe bekommen hatte. Selbstverständlich war die Sauerstoffzufuhr während des Experiments künstlich geregelt. Schon aus diesem ersten Versuche geht hervor, daß der Mensch zwar den niederen Luftdruck großer Höhen erträgt, daß er aber nicht mehr voll bei Kräften bleibt und sogar das Bewußtsein verlieren kann. In einem zweiten Versuch waren die Versuchstiere noch viel heftiger. Schon bei 6000 Meter Reithöhe wurden die Gliedmaßen sichtbar zentrierter, Rotenlinien und Adoronschwelungen stellten sich ein, und in 8000 Meter Reithöhe ging das Bewußtsein verloren. Wie man schon aus Reithöhdenflügen weiß, treten solche Störungen ansehnend allgemein bei 6000 bis 8000 Meter Höhe ein, trotz künstlicher Sauerstoffzufuhr. So haben denn diese ersten Versuche gezeigt, daß in großen Höhen der Mensch die Herrschaft über seinen Körper mehr oder weniger verliert. Wenn man also in die Stratosphäre fliegen will, so muß man wohl künstliche Kabinen haben, in denen der gewöhnliche Luftdruck herrscht.

Theater, Lichtspiele usw.

Staatsober-Oper Unter d. Linden A.-V. 247 20 Uhr Madame Butterfly

Volksbühne Theater am Bülowplatz 8 Uhr Frühlings Erwachen

Staatsober-Oper Am Plid. Republ. Vorst. 82 20 Uhr Salome

Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr Treibjagd

SCALA Tägl. 2 Vorstell. 8 und 9 1/2 Uhr

Deutsches Theater O. L. Norden 12 310 8 1/2 Uhr

PLAZA Tägl. 3 u. 8 15 Sonnt. 2, 3 u. 8 1/2

Der Kaiser v. Amerika von Bernard Shaw

GROSSES SCHAUSPIELHAUS 8 Uhr 3 Musketiere

Kammerspiele O. L. Norden 12 310 7 1/2 Uhr

Winter Garten 8 Uhr + Zeitr. 2010

Th. z. Hollendorferplatz Vorv. 10-3 Kl. 2001

CASINO-THEATER Lehnstr. 37. Neu! Täglich 8 1/2 Uhr

Die Komödie 11 Blomck. 2414/7516 8 1/2 Uhr

ROSE THEATER Gr. Frankfurter Str. 132

Metropol-Th. 8 1/2 Uhr Lehr dirigiert

Renaissance-Theater Täglich 8 1/2 Uhr

Central-Theater Alte Jakobstr. 32

Reichshallen-Theater Abends 8 Sonntag nachm. 2

Philharmonie 8 Uhr Sinfonie-Konzert

„Okasa“ (nach Geheimrat Dr. med. Lohsen)

Heute zu Tiets: Billige und gute Lebensmittel einkaufen

Gemüse u. Obst Graubirnen .. 2 Pfd. 35 Pf.

Wurstwaren Salswurst Pfd. 90 Pf.

Frisches Fleisch Brauwurst Pfd. 1,18

Käse und Fette Allg. Stangenkäse, Pfd. 55 Pf.

Getrierfleisch Suppenfleisch Pfd. von 68 Pf.

Wirtschaftsartikel Petroleumöfen Stück 14,50 21,50

Damen-Schürzen Gummiplattenschürze fehlerfrei

Arbeiter, Angestellte u. Beamte Volksfürsorge

Lessing-Theater Norden 10 346 Gruppe junger Schauspieler

VAUEN Gesundheitspfeife Dr. Perl

Möbel Stuhlzimmer mehr Kredit

Verkäufe Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Musikinstrumente Klaviers, überaus preiswert

Fahrräder 300 gebrauchte Fahrräder

Kaufgesuche Zahngebisse, Violinblätter

Unterricht Schönebergische Privatschule

Verschiedenes Scherwenzel, Parfüm, Seife

Arbeitsmarkt Stellenangebote